

I. Wissen, Diskurs und kollektive Akteure

Für die angestrebte Analyse werden Fragen der Diskurs- und Wissensbildung sowie damit verbundene, relationale Prozesse von Macht-/Ordnungsverhandlungen nach Michel Foucault mit Prozessen der Akteurs-/(Wissens-)Kollektivbildung nach Bruno Latour verknüpft. Nachfolgend werden die jeweiligen theoretischen Ansätze und Annahmen erläutert.

1. Wissensverhältnisse und Prozesse der Diskursbildung (Foucault)

Wissen und seine Konstitutionsprozesse gelten als zentrales Thema der Arbeiten Michel Foucaults. In seinen verschiedenen Abhandlungen entwickelt er über eine genealogisch-historische Auseinandersetzung mit dem Begriff Wissen und seiner Bedeutung für die abendländische Kultur (vgl. Foucault 1966, 2012) schließlich auch eine funktionelle Erweiterung von Wissen im Sinne eines gesellschaftlich konstitutiven Elements, das zentral für damit verbundene diskursive und darüber formierte soziale Praktiken ist.

Zuvorderst weist er darauf hin, Wissen sei im klassischen Sinne als ordnungsstiftendes Element anzusehen. Es beruhe auf Mechanismen der Perception und Klassierung sowie letztlich der Kategorisierung über Differenzen:

»Le semblable, après s'être analysé selon l'unité et les rapports d'égalité ou d'inégalité, s'analyse selon l'identité évidente et les différences [...]. Cependant cet ordre ou comparaison généralisée ne s'établit que d'après l'enchaînement dans la connaissance; le caractère absolu qu'on reconnaît à ce qui est simple ne concerne pas l'être de choses mais bien la manière dont elles peuvent être connues.« (Foucault 1966: 68)

Grundlage für diese Ordnungsfunktion ist die Annahme eines binären Analyse- beziehungsweise Perzeptionsmodells, das auf einer dichotomen Klassierung des ›Eigenen‹ und ›Fremden‹ im Sinne einer Differenzanalyse beruht. Sie stellt nach Foucault das vorherrschende Modell der klassischen Wissensgewinnung und Erkenntnisbildung dar (vgl. ebd.: 68ff.). Daraus resultiert folglich die Vorstellung, Wissen könne in klaren, begrenzenden hierarchischen Strukturen geordnet und dargestellt werden. Ein probates Modell dieses Ordnungssystems von Wissen und Erkenntnis seien beispielsweise Taxonomien (vgl. ebd.: 72). Gleichmaßen würden diese Klassierungsentwürfe im Zusammenhang mit der Grundannahme einer klassisch-universellen Ordnung stehen, die alle Erkenntnis und letztlich alles Denken und alle Dinge in der westlichen Welt strukturiert:

»Ainsi sont apparues la grammaire générale, l'histoire naturelle [...]; et toutes ces empiricités [...] n'ont pu se constituer sans le rapport que toute l'épistémè de la culture occidentale a entretenu alors avec une science universelle de l'ordre.« (Ebd.: 71)

Erst in der Neuzeit macht Foucault Tendenzen aus, die dieses binäre Verständnis von Wissen aufbrechen. Es kommt zu Ausdifferenzierungen in verschiedenen Wissensgebieten und in der funktionalen Wertigkeit von Wissen im Sinne eines Epistems (vgl. Borsò 1998: 164). Mittels des Begriffs Epistem ergänzt Foucault die ordnende Funktion von Wissens- und Erkenntnisprozessen um die potenzielle Wirkkraft, die diese auch für die Gesellschaft als solche entfalten können. Nach Foucault diene Wissen in diesem Sinne als Ausgangspunkt für die Bildung von Diskursen und – im Falle seiner institutionellen Multiplikation – gleichermaßen als Ursprung für die Neuverhandlung von daran orientierten sozialen Praktiken und gesellschaftlichen Auffassungen. So fußt der

»volonté de vérité [...] sur un support institutionnel: elle est à la fois renforcée et reconduite par toute une épaisseur de pratiques [...]. Mais elle est reconduite aussi, plus profondément sans doute par la manière dont le savoir est mis en œuvre dans une société, dont il est valorisé, distribué, réparti et en quelque sorte attribué.« (Foucault 1971: 19f.)

Die damit verbundenen gesellschaftlich codierten (Deutungs-)Muster, die Foucault durch das Einwirken von Wissen auf Diskursbildung aufkommen sieht, können gleichzeitig als paradigmatisch für vorherrschende Denksysteme einer Gesellschaft und damit verbundene Möglichkeiten der Sicht- und

Sagbarkeit verstanden werden (vgl. Gehring 2004: 39). Die Positivitäten, auf denen Denksysteme und damit verbundene Weisen der Sicht- und Sagbarkeit gründen, stellen jedoch keine festen und unveränderlichen Statuten dar. Vielmehr setzt im Foucault'schen Sinne »[e]ine Ordnung [...] mit gewissen Stabilitäten auch den Raum für gewisse Transformationen« (Seitter 1974: 160; Herv.i.O.) voraus.

Das Transformationspotenzial des Gegebenen schwingt in jedem Gedachten, Gesagten und Erkannten als Prozess mit, weil immer auch das Nicht-Gedachte, Nicht-Gesagte, Nicht-Erkannte anwesend ist. Als ›Denken des Außen‹ wirkt es subversiv und fordert nicht nur gegenwärtige Erkenntnisse, sondern mitunter auch das gesamte diskursiv codierte Regelwerk einer Zeit oder Gesellschaft heraus. Foucault betrachtet das ›Außen des Innen‹ oder auch das ›Andere der Erkenntnis‹ jedoch nicht als beschränkende Grenze, sondern als produktiv-herausfordernde Möglichkeit, die eigenen Erkenntnisse und Wahrnehmungsschemata zu begreifen, »[pour] afin [...] être libre pour un commencement – qui est une pure origine puisqu'il n'a que lui-même et le vide pour principe« (Foucault [1966] 1994: 523).¹ Denn in der Erfahrbarkeit der Begrenzung des eigenen Wissens- und Erfahrungshorizonts durch eine – wenn auch subversiv mitschwingende – Potenzialität des Anderen kann das angesprochene Transformations- und Transgressionspotenzial des bestehenden Kanons an Wissensbeständen erst katalysiert werden:

»À partir du moment, en effet, où le discours cesse de suivre la pente d'une pensée qui s'intériorise et, s'adressant à l'être même du langage, retourne la pensée vers le dehors, il est aussi bien et d'un seul tenant: récit méticuleux d'expériences, de rencontres, de signes improbables [...] –

1 Eine entscheidende Funktion zur Sichtbarmachung und Verwirrung der eigenen (kulturellen) Wissens- und Perzeptionsgrenzen schreibt Foucault der Literatur zu. Am Beispiel des argentinischen Schriftstellers Jorge Luis Borges und dessen chinesischer Taxonomie, die in der Erzählung *El idioma analítico de John Wilkins* genannt wird, führt er diese Annahme aus. In der Erzählung werde das der westlichen Kultur elementare Instrument der Taxonomie als Instrument der Wissensklassifizierung und Kategorisierung durch die Vermischung von fantastischen und realen Verhaltensmerkmalen zur Klassierung von Tieren radikal entfremdet (vgl. Foucault 1966: 7). So vermag es die Literatur, Unmöglichkeiten des *eigenen* Denkens oder – positiv formuliert – Möglichkeitsräume bzw. Potenzialitäten eines ›anderen‹ Denkens aufzuzeigen: »Dans l'émerveillement de cette taxinomie, [...] ce qui [...] nous es indiqué comme le charme exotique d'une autre pensée, c'est la limite de la nôtre: l'impossibilité nue de penser cela.« (Ebd.: 7)

écoute non pas tellement de ce qui s'est prononcé en lui, mais du vide qui circule entre ses mots, du murmure qui ne cesse de le défaire, discours sur le non-discours de tout langage, fiction de l'espace invisible où il apparaît.» (Ebd.: 525)

Im Zuge dieser Überlegungen verschieben sich Funktion und Rolle des Subjekts im Wissensbildungsprozess. So sieht Foucault das Subjekt nicht mehr als zentrale Ordnungsinstanz, die die Objekte um es herum souverän hierarchisiert und klassifiziert. Stattdessen werde es zu einem gleichwertigen Bestandteil eben dieses Erfahrungs- und Ordnungsprozesses. Nach Walter Seitter hat »die Beziehung zwischen Subjekt und Objekt [...] nicht mehr die Form Individuum-Wahrheit, vielmehr bilde das sprechende Subjekt einen Teil aller Äußerungen, die einmal gemacht worden sind« (Seitter 1974: 142). Wissensprozesse werden folglich nicht von einem souveränen Erkenntnissubjekt geleitet, sondern sind als Zusammenspiel verschiedener Mechanismen zu verstehen, die auf einem ganzen System diskursiver Praktiken gründen. Sie sind somit nicht natürlich begründ-, sondern stets aus- und verhandelbar (vgl. ebd.: 147), da die Prozesse der Wissensbildung subversiv an vorgegebene Kategorien und intrinsische Logiken einer bestimmten Zeit und Gesellschaft gebunden beziehungsweise nur durch sie möglich sind.

Diese apriorischen Muster, die Erfahrungen im Wissensprozess leiten, »fungieren als das, von wo aus *wirkliche* Erkenntnisse und Wissen, Erkenntnis und Wissen mit Wirklichkeitswert möglich sind« (Gehring 2004: 39; Herv.i.O.). Artikulierte Positivitäten zu analysieren, »c'est montrer selon quelles règles une pratique discursive peut former des groupes d'objets, des ensembles d'énonciations, des jeux de concepts, des séries de choix théoriques« (Foucault 1969: 237). Das Subjekt ist somit nach Foucault ebenso in relative Aushandlungsprozesse seiner Wahrnehmungsmuster und eines darüber erkenn- und artikulierbaren Wissens gebunden, wie die Prozesse und Objekte, anhand derer Kategorisierungen und Erkenntnisprozesse vollzogen und letztlich Realitäten konstruiert werden. Insbesondere diese gesellschaftshistorisch immanente Prägung von Wissen, Subjekt und Diskurs hebt beispielsweise auch Karen Barad als Verdienst der diskursanalytischen Arbeiten Michel Foucaults hervor²:

2 Zwar sieht Karen Barad in Foucaults diskursanalytischen und epistemischen Arbeiten einige wertvolle Grundlagen, kritisiert allerdings im Sinne des *New Materialism*, dass seine Annahmen auf Basis einer Vorstellung der Welt bzw. der Materie als bloßer Verfügungsmasse beruhen, anstelle ein eigenes Potenzial als Entität anzunehmen (vgl.

»Der Diskurs ist nicht das, was gesagt wird; er ist das, was dasjenige, das gesagt werden kann, einschränkt und ermöglicht. [...] Foucault zufolge sind Diskurspraktiken die örtlichen, sozialgeschichtlichen, materiellen Bedingungen, die disziplinäre Erkenntnispraktiken [...] ermöglichen und einschränken. Diskurspraktiken bringen Subjekte und Objekte der Erkenntnispraktiken hervor, anstatt sie nur zu beschreiben.« (Barad 2017: 597)

Der angedeutete reziproke Diskurs-Wissen-Komplex und die damit verbundene Rückkopplung an gesellschaftliche Realität werden im Folgenden differenzierter erläutert.

1.1 Wissen und Diskurs: Formierung gesellschaftlicher Realitäten

Wie bereits angedeutet, stellt Wissen als Epistem eine elementare Grundlage des gesellschaftlichen Systems dar und bildet dessen strukturellen und ideellen Ordnungsrahmen. Dieser kann im Foucault'schen Sinne allgemeiner unter den Begriff Diskurs gefasst werden. Er ist ein Ensemble von Aussagen oder Aussagemöglichkeiten, die zu einer bestimmten Zeit aufgrund bestimmter Gegebenheiten für eine Gesellschaft einen gültigen Deutungs- und Werterahmen darstellen (vgl. Foucault 1969: 153). In dieser Definition schwingt das bereits angesprochene Transformationspotenzial von Wissensverhältnissen mit. So sind Diskurse als historische Versatzstücke und niemals als ubiquitär gültige und unveränderliche Wahrheiten zu verstehen. Vielmehr sind sie nach Foucault kontingent und verhandelbar (vgl. ebd.).

Auch speist sich ihre Kraft nicht allein aus den sprachlichen Ausdrucksweisen, Realitätsbeschreibungen oder Verortungen, die sie ermöglichen. Die eigentliche Wirkkraft besteht vielmehr in ihrer qualitativen Potenzialität als epochal kulturell codierte Praktik, die zu einer gewissen Zeit gewisse Objekte und Realitäten formt:

»[J]e voudrais montrer [...] qu'en analysant les discours eux-mêmes, on voit se desserrer l'étreinte apparemment si forte des mots et des choses, et se dégager un ensemble de règles propres à la pratique discursive. Ces règles définissent non point l'existence muette d'une réalité, non point l'usage canonique d'un vocabulaire, mais le régime des objets.« (Ebd.: 66)

Lemke 2017: 564f.). Auf diese Kritik wird im Abgleich des Foucault'schen Diskursbegriffs mit Bruno Latours Kollektiv- und Netzwerktheorie noch einmal eingegangen.

Diskurse sind zudem nicht als begrenzte Räume zu denken, sondern stehen mit verschiedenen Interessenlagen in einem relativen Austausch (vgl. ebd.: 96), nicht weil ihre inhaltlichen – und hierbei zuvorderst epistemischen – Strukturelemente aktualisiert und ›neu/</>anders</> gedacht werden können, sondern weil mögliche Bezugsfelder und Anknüpfungen steten Verhandlungen ausgesetzt sind. Durch neue Disziplinen oder äußere Einflüsse auf eine Gesellschaft können sich diskursive Systematiken auflösen oder verändern.

Eine das gesamte Denken Foucaults durchziehende Prämisse betrifft die Prinzipien Relationalität und Relativität. Sie bewirken, dass alle Wirklichkeitsgefüge im Spannungsfeld steter Aushandlungsprozesse stehen (vgl. Gehring 2004: 130). So müssen auch Diskurse »être traités comme des pratiques discontinues, qui se croisent, se jouxtent parfois, mais aussi bien s'ignorent ou s'excluent« (Foucault 1971: 54f.). In diesem Sinne erscheint die Welt an sich als nicht statisch determinierbar. Die Dinge und die sich durch sie ergebenden Beziehungen werden vielmehr durch bestimmte diskursiv verhandelte Deutungs- und Ordnungsschemata in einem bestimmten Raum, zu einer bestimmten Zeit, zu aktuell gegebenen Bedingungen und auf Basis von vorherrschenden (Denk-)Statuten deut- und verstehbar. Hierbei fungiert gerade die Produktion von neuem Wissen als Katalysator im Aushandlungsprozess eines (diskursiven) gesellschaftlichen Gefüges:

»[U]n savoir, c'est aussi le champ de coordination et de subordination des énoncés où les concepts apparaissent, se définissent, s'appliquent et se transforment [...] enfin un savoir se définit par des possibilités d'utilisation et d'appropriation offertes par le discours« (Foucault 1969: 238).

Auch wenn Foucault an dieser Stelle den Dingen eine potenzielle Wandelbarkeit zuspricht, hält er sie dennoch in ihrer Funktion als passive Objekte zurück. Sie sind dem Einfluss einer »regulativen Macht und der Diskurspraktiken« ausgesetzt. Damit bleibt der Diskurs »auf den Bereich menschlicher Sozialpraktiken beschränkt« (Barad 2017: 595). Insbesondere Karen Barad kritisiert diese unzulängliche Auseinandersetzung mit der Materialität der Dinge und der Anerkennung ihrer Wirkfähigkeit als Schwachstelle Foucault'scher und auch anderer poststrukturalistischer Theoretiker (zum Beispiel Judith Butler).³ Dieser Aspekt wird in der folgenden Zusammenführung der Fou-

3 Jede dieser Theorien – auch wenn sie paradoxerweise gerade eine Abkehr von humanistischen Universalansprüchen in Erkenntnisprozessen zu vollziehen versuchen – setzt Dichotomien zwischen dem Menschlichen und dem Nicht-Menschlichen, zwi-

cault'schen Annahmen mit den Theorien Bruno Latours zur Wirkmächtigkeit der Dinge noch von Bedeutung sein.

Im Zusammenspiel von Wissen und Diskurs, das als repräsentativer und strukturierender Ausgangspunkt für die Produktion von Wirklichkeitsmustern einer Epoche anzusehen ist (vgl. Gehring 2004: 51), offenbart sich jedoch auch ein inhärentes machtpolitisches Potenzial. Basis hierfür ist die Annahme einer unauflösbaren Rückkopplung zwischen Wissen und Diskurs, die eine Realitätsformierung mittels strukturierter und strukturierender Praktiken ermöglicht: »[I]l n'y a pas de savoir sans une pratique discursive définie; et tout pratique discursive peut se définir par le savoir qu'elle forme« (Foucault 1969: 238f.). Erweitert um diese Funktionalität von Machtpraktiken können unter anderem institutionelle Diskurspraktiken nach Foucault unweigerlich als Aggregate aus Können und Wissen verstanden werden (vgl. Borsò 1998: 165). Denn die Mechanismen der positivistischen Konstruktionskraft des Wissens (und der Wissenschaften⁴), die sowohl das (Erkenntnis-)Subjekt als solches als auch potenzielle Diskursbildungsprozesse sowie ihre Multiplikation beeinflussen, sind zentraler Ausgangspunkt für die Konstruktion gesellschaftlicher Realitäten und ihrer Wirkungsweisen. So zeigen »Entstehungsbedingungen des [Diskurs-]Ereignisses [...] auch die Bedingungen für ihr ausgrenzendes Tun, so dass mit der Positivität des Diskursereignisses auch die ausgrenzende Tätigkeit [...] in den Blick kommt« (ebd.).

schen Natur und Kultur und zwischen der Gesellschaft und der Naturwissenschaft voraus. Keiner geht soweit, Menschen und Nicht-Menschen in ihrer wechselseitigen Konstitution zu verstehen [...]« (Barad 2017: 632f.).

- 4 Foucault versteht auch Wissenschaft bzw. wissenschaftliche Disziplinen als diskursive Teilelemente, die in einer Art Mimikry die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse der vorherrschenden Diskurse als solche für die Entwicklung ihrer eigenen Disziplinen spiegeln (vgl. Foucault 1969: 234). In diesem Sinne kann Wissenschaft als diskursive Praktik verstanden werden, die elementar auf die Formierung gesellschaftlicher Realitäten bzw. deren Neuordnung und Aushandlung rückwirken kann. Foucault sieht dies immer dann gegeben, wenn wissenschaftliche Erkenntnis die Schwelle der Epistemologisierung überschreitet und somit von ihrer theoretischen Wissensbasis in praktische Realität rückwirkt, sich in diesem Sinne formalisiert (vgl. Foucault 2008: 314f.). Wissenschaft und die mit ihr verbundenen Erkenntnisse können somit die formenden Wirklichkeitsmuster einer Gesellschaft sowohl festigen als auch gegebenenfalls unterminieren und aktualisieren. Ihr Machtpotenzial wird deutlich, insofern sie »auf exklusive Weise redselige Ordnungen [sind], Ordnungen einer letztlich immer aussageförmigen ›Wahrheit‹ – einer Wahrheit, die jedoch eben deshalb auf einer Fülle von Ausschließungs- und Vergewisserungstechniken beruht« (Gehring 2004: 47).

Gerade in dieser ordnungsstiftenden Funktion – Gewinnung von Wissen und Zuschreibung von Positivitäten – ist das Machtpotenzial des Diskurses angesiedelt und wird durch die mit ihm verbundenen Mechanismen der Kontrolle, Selektion, Organisation und Kanalisierung materialisiert (vgl. Foucault 1992: 11). Grundlegend für die Funktionsweise ist jedoch eine kollektive Akzeptanz der diskursiven Statuten, sprich eine »reconnaissance des mêmes vérités et l'acceptation d'une certaine règle – plus ou moins souple – de conformité avec les discours validés« (Foucault 1971: 44). Diese Akzeptanz und Übereinstimmung ist allerdings auch dem Foucault'schen Dynamisierungsparadigma⁵ unterworfen: Es stellt ein vorherrschendes Sag- und Sichtbarkeitsschema dar, das jedoch – wie bereits eingangs erwähnt – stets durch Potenzialitäten eines ›anderen‹ Denkens herausgefordert werden kann (vgl. Foucault 1992: 32). In dieser steten Herausforderung kann letztlich auch die Grundlage der produktiven Reizung diskursiver Praktiken durch ›anderes‹ Wissen und damit verbundene Erkenntnis gesehen werden. Sie steht immer im Aushandlungsprozess mit der etablierten Ordnung und kann gegebenenfalls erst verzögert in die Aktualisierung der Kontroll- und Perzeptionsschemata einer Zeit einwirken (vgl. ebd.: 25).⁶ In dieser Hinsicht

»gleicht jede Aussageordnung auch einem elektrisch geladenen Feld: Sie ist ein Kräftefeld, eine Struktur, die aus Kämpfen resultiert und die umkämpft bleibt [...]. Genau daraus resultiert die eigentümliche Spannung, die dem

-
- 5 In diesem Veränderungspotenzial und dem prozessualen Zusammenwirken kann an Bruno Latours Annahmen angeschlossen werden. So liegen Latours Überlegungen zur steten Veränderungsfähigkeit von Akteuren durch potenzielle Einwirkungen und darüber veränderte Handlungsprogrammatiken ebenfalls ein hohes Maß von Dynamisierungstendenzen zugrunde (vgl. Schulz-Schaeffer 2017: 276). Allerdings nicht erst durch menschliche Be-/Zuschreibung, sondern bereits im prozessualen Werden bzw. Interagieren der menschlichen wie dinglichen Akteure selbst. Dieser Zusammenhang wird bei den späteren Erläuterungen zur Akteur-Netzwerk-Theorie noch einmal detailliert beschrieben.
- 6 Dies gilt gleichermaßen für neue Erkenntnisse der Wissenschaft, wie Foucault am Beispiel von Mendel zeigt (vgl. Foucault 1992: 25). Wissenschaft ist in ihrem Instrumentarium in ein Wissensfeld und ein bestimmtes diskursives Strukturgerüst einer Zeit eingebunden. Sie steht damit nicht nur intradisziplinär, sondern auch in Bezug auf das sie umgebende diskursive gesellschaftliche Setting in einem Aushandlungsprozess und Spannungsverhältnis (vgl. Gehring 2004: 47). Dadurch, wie Wissenschaft und Erkenntnis produziert werden, »[I]a science [...] se localise dans un champ de savoir et elle y joue un rôle. Rôle qui varie selon les différentes formations discursives et qui se modifie avec leurs mutations« (Foucault: 1969: 241).

Gesagten innewohnt [...] – in einem sehr allgemeinen Sinne ist jedes Zeichen, indem es bestimmt und festlegt, jeder Sprechakt schon die ›Spur‹ von Macht.« (Gehring 2004: 110f.)

Diesem Nexus zwischen diskursivem Wissen und Macht als fundamentalem Begleitelement von Regierungs- und Steuerungsweisen soll im folgenden Kapitel – auch unter Einbezug des biopolitischen Paradigmas Foucaults – Rechnung getragen werden. Nicht zuletzt wird damit noch deutlicher gezeigt, inwiefern sich Wissen und Macht – insbesondere auch in ihrer (diskursiven) Institutionalisation – gegenseitig bedingen, einander hervorbringen und steigern (vgl. ebd.: 111).

1.2 Zum machtpolitischen Potenzial

Die Bedeutung von Wissen und seine Entwicklung als machtpolitisches Dispositiv sind vor allem für die Regierungsweise des modernen Staates elementar, weil in den gegenwärtigen westlichen Gesellschaften nicht das Territorium, das von einer Regierung verwaltet wird, sondern die Bevölkerung, aus der sich der einzelne Staat zusammensetzt, zur zentralen Quelle von staatlichem Reichtum avanciert (vgl. Borsò 2013: 23). Somit werden Produktions- und Innovationskraft des Einzelnen zur fundamentalen Basis staatlicher Wettbewerbsfähigkeit, wird das vormals tauschende vom produzierenden Subjekt abgelöst (vgl. Marazzi 2013: 43).⁷ Gleichmaßen wird dadurch auch der Wohlstand des Staates zunehmend zu einer Aufgabe der Individuen, die diesen Wohlstand bilden. Damit verbunden rückt die Bevölkerung oder besser die Sorge um die Bevölkerung als Kollektivkörper ins strategische Zentrum von

7 Marazzi begründet diesen Prozess mit einem systemischen Wandel, der sich verstärkt mit dem Einzug des Neoliberalismus in den modernen Gesellschaften vollzogen habe und der das Handlungsvermögen des Einzelnen sowie dessen Eigenverantwortlichkeit zur Maxime gesellschaftlicher Interaktion – vor allem mit Blick auf die Ökonomie – erhebe bzw. einfordere. Gleichzeitig agiere das Subjekt auf Basis kollektiver Praktiken, spiegele diese wider und multipliziere sie: »Dem Neoliberalismus liegt eine andere Vorstellung des *homo oeconomicus* zu Grunde [...]. Er ist ein *Unternehmer seiner selbst*, der sich wie ein Einzelunternehmen verhält, Risiken trägt, indem er Investitionsentscheidungen trifft und Gewinn-Verlust-Rechnungen für den Einsatz seiner Ressourcen vornimmt. [...] So gesehen trägt das neoliberale Wirtschaftssubjekt die gesamte Gesellschaft in sich.« (Marazzi 2013: 43; Herv.i.O.)

Regierungspraktiken.⁸ Das Machtgefüge einer zuvor primär selbstbezogenen souveränen Macht wird erheblich erweitert.⁹ Ihr Machtanspruch und ihre Regierungsweise avisiert somit die Produktivität und damit letzten Endes das (wertschöpfende) Leben des Einzelnen als zentrale Ressource für die Bevölkerung. In diesem Sinne gilt:

»Le bonheur des individus est une nécessité pour la survie et le développement de l'État. C'est une condition, un instrument, et non simplement une conséquence. Le bonheur des hommes devient un élément de la puissance de l'État.« (Foucault [1988] 1994: 824)

Genau diese Wandlung der Machtbedingungen ist es, die gleichzeitig eine Intensivierung staatlicher Maßnahmen der Rationalisierung und Ökonomisierung des Zusammenlebens ermöglicht beziehungsweise benötigt (vgl. Foucault 1997: 215). Letzten Endes verfolgen sie allerdings kein anderes Ziel, als

»d'installer des mécanismes de sécurité autour de cet aléatoire qui est inhérent à une population d'être vivants, d'optimiser [...] en état de vie [...] de prendre en compte la vie [...] et d'assurer sur [lui] non pas une discipline, mais une régularisation« (ebd.: 219f.).

Die sich hierüber konstituierende Staatsräson löst jedoch den souveränen Anspruch ihrer Fürsorge – wenn auch ›für‹ statt ›über‹ das Individuum – nicht

8 Vgl. hierzu auch Borsò (2013: 23): »Während der Staat die Einheit der Bevölkerung im Visier hat und damit biopolitisch agiert, erfolgt das Regieren in der paradoxalen Form von Techniken des Selbstregierens, welche durch die Multiplikation der Kontrollinstanzen [...] mit Prozessen der Kollektivierung zu rechnen haben.«

9 Im Unterschied zur Regierungsweise des modernen Staates steht der Souverän im machiavellischen Sinne an der Spitze eines Staates, ohne dass es einer besonderen Rechtfertigung oder Legitimierung bedarf (vgl. Foucault [1978] 1994: 637f.). Die Macht des Souveräns artikuliert sich vor allem in Bezug darauf, möglichst ökonomisch mit den Objekten, die von ihm regiert werden, umzugehen (vgl. ebd.: 642). Nicht die Qualität der Dinge, sondern vielmehr ihre Menge und Größe (z.B. Größe des Reiches) sind für das Ansehen des Souveräns entscheidend (vgl. ebd.: 643). Gleichzeitig – insbesondere in Fällen der Verteidigung seiner Macht – richtet sich die souveräne Macht an das Leben, allerdings nicht im Sinne seiner Produktivhaltung oder Gestaltung, sondern indem der Souverän das Leben des ihm unterstehenden Subjekts für seine (machtpolitischen) Zwecke einfordern kann: »L'effet du pouvoir souverain sur la vie n'exerce qu'à partir du moment où le souverain peut tuer. [...] C'est le droit de faire mourir ou de laisser vivre« (Foucault 1997: 214).

auf, sondern nutzt ihn vielmehr als Gelegenheit, um feinmaschiger und subversiver Kontroll- und Regulationsmechanismen zu etablieren, die auf eine Disziplinierung der Bevölkerung zur zweckmäßigen Produktivhaltung des Staates hinwirken (vgl. Foucault [1978] 1994: 654).

Die Vermittlung und Etablierung dieser Mechanismen verläuft nicht mehr oder nicht allein zentralistisch über den Souverän, sondern über verschiedene (institutionalisierte) Intermediäre – eine Regierungsweise, die Foucault mit dem Prinzip der *Gouvernementalität* beschreibt (vgl. Foucault [1978] 1994: 655). Zentrale Legitimierungsgrundlage für die gouvernementalen Praktiken ist die Garantie des Schutzes oder auch die Sorge für das Leben, die die Genese verschiedener Disziplinierungsapparate, Verwaltungseinheiten und Wissensformen generiert und umfasst. Gleichzeitig dient sie keinem uneigennütigen, sondern primär dem staatlichen Selbstzweck, insofern die eigene Macht nicht nur konstant gehalten, sondern stetig gesteigert werden soll. Aus diesem Grund sind die Individuen und ihre (Lebens-)Kraft für Regulationsmechanismen vor allem dann von Interesse, wenn sie auf Macht rückwirken können:

»[D]ès lors que seule est en question ici l'utilité politique. Du point de vue de l'État, l'individu n'existe que pour autant qu'il est à même d'apporter un changement, fût-il minimal, à la puissance de l'État [...]. L'État n'a donc à s'occuper de l'individu que dans la seule mesure où celui-ci peut introduire un tel changement. En tantôt l'État lui demande de vivre, de travailler, de produire et de consommer; tantôt il lui demande de mourir.« (Foucault [1988] 1994: 819f.)

Letzteres insbesondere aus dem Grund, dass die Wertigkeit des einzelnen Individuums zunehmend in direkter Relation zu den Kosten seines Lebens zu sehen ist.¹⁰ Auf dieser Annahme gründet Foucault auch die These des geänderten Regierungsethos im Vergleich zum Souverän. So zielen die modernen Regierungs- und Regulationsmechanismen in erster Linie darauf ab, das Leben des einzelnen Subjekts möglichst langfristig produktiv steuern zu können, »de «faire» vivre et «laisser» mourir« (Foucault 1997: 214). In diesem Sinne geht das einzelne Individuum im Gesamtkörper der Bevölkerung auf und

10 Vgl. hierzu auch Borsò mit Bezug auf die staatliche Ökonomie (2013: 19): »Das Leben muss rentabel sein, braucht Vermögenszuwachs, steht in der Schuld von jemandem, hat Sollwerte; die Qualität des Lebens misst sich an der Produktivität für die Gemeinschaft; der Wert des Lebens steht in direkter Beziehung zu seinen Kosten.«

zwar »en tant qu'elle forme [...] une masse globale, affectée de processus d'ensemble qui sont propres à la vie, et qui sont processus comme la naissance, la mort, la production, la maladie etc.« (ebd.: 216). Diese Regulationen, die das Leben machtpolitisch-strategisch in den Blick nehmen und zu optimieren versuchen, symbolisieren für Foucault Praktiken der sogenannten Biopolitik (vgl. ebd.: 216, 219).¹¹

Für diese Art der politischen Regierung stellt Wissen in doppelter Hinsicht ein entscheidendes Dispositiv dar, da es – verstanden als »Funktionsknoten von Wahrheiten und implizit institutionalisierten Zugriffsformen« (Gehring 2004: 109) – eine normierte und institutionell vermittelte Regierung ermöglicht. Über das gesammelte ›Wissen über das Leben‹ wird sowohl die Bevölkerung als auch das einzelne Subjekt kategorisier- und steuerbar – nicht zuletzt durch das ›ordnende Wissen‹, das unter anderem die statistische Auswertung von Lebensprozessen und Wahrscheinlichkeiten ermöglicht und als Legitimierungsfolie für (bio-)politische Maßnahmen fungiert:

»Ce sont ces processus-là de natalité, de mortalité, de longévité qui [...] ont constitué [...] les premiers objets de savoir et les premières cibles de contrôle de cette biopolitique. C'est à ce-moment là [...] que l'on met en œuvre la mesure statistique de ces phénomènes avec les premières démographies.« (Foucault 1997: 216)

Entscheidend ist hierbei, dass dieses Wissen als Folie für machtpolitische Regulierungen dient, die sowohl auf die Kontrolle des Körpers als auch auf die Normierung der Denk- und Sagbarkeitsmöglichkeiten des Subjekts rückwirken (vgl. ebd.: 164) und folglich gesellschaftliche Realitäten schaffen. In diesem Sinne ist

11 Anders als im Falle der souveränen Macht spielt der Tod hier nur eine untergeordnete, bisweilen marginalisierte Rolle, weil der Tod den Zeitpunkt darstellt, ab dem das Subjekt produktiv nicht mehr nutzbar ist und somit keinen machtrelevanten Impuls mehr setzen kann. Der Tod wird somit in die Privatheit gedrängt (vgl. Foucault 1997: 220f.). Gleichzeitig wird die souveräne Macht dadurch nicht komplett aufgelöst und kann sich auch in biopolitischen Regierungsweisen zeigen. Obwohl souveräne Macht eigentlich den Schutz des Lebens zum Ziel hat, so kann gerade in biopolitischen Machthandlungen eine Umkehr gegen das Leben, im Sinne einer todbringenden Macht, erfolgen. Diese potenzielle Pervertierung zeigt sich laut Foucault beispielweise im nationalsozialistischen System (vgl. ebd.: 231ff.).

»Macht [...] dem wirksamen Arrangement von Dingen inhärent, dem Einsatz von medizinischen Geräten, von Werkzeugen der Einsperrung und Fixierung [...] und ebenso dem Einsatz von Werkzeugen der erzieherischen Bearbeitung der Seele. Macht *arbeitet* in einem ganz wirklichen Sinne Wirkliches aus.« (Gehring 2004: 121)

Regieren bedeutet in dieser Hinsicht die möglichst vorausschauende Strukturierung von potenziellen Handlungsfeldern der Individuen (vgl. Foucault [1982] 1994: 237) auf Basis einer umfassenden Kenntnis derselben. Denn es ist nach Foucault nicht mehr der »corpus de lois ou habileté à les appliquer quand il faut, mais ensemble de connaissances techniques qui caractérisent la réalité de l'État lui-même« (Foucault 2004a: 280).

An diesem Punkt offenbart sich erneut die Relationalität der Dinge. Denn laut Foucault versucht Macht in erster Linie, die Handlungs- und Verhaltensweisen des Subjekts zu beeinflussen (vgl. Foucault [1982] 1994: 233) und in einer biopolitischen Ausprägung in ein für den Staat möglichst ertragreiches Verhältnis zu wandeln. In dieser Hinsicht gilt es, die Möglichkeitsbeziehungen, die zwischen dem regierten Subjekt und der regierenden Macht entstehen, möglichst effizient zu erfassen und zu rationalisieren (vgl. ebd.: 241, Foucault 2004: 398) – und zwar mit der Absicht, widerspenstige Potenzialitäten weitestgehend zu unterbinden, zumal »dort, wo es um den Kampf, um das Werden von Wirklichkeit geht, eine Logik des Begehrens am Werk [ist]« (Gehring 2004: 129).

Umso bedeutender ist es, den Normenkatalog, an dem Regierungs-, Handlungs- und Lebensweisen des Subjekts orientiert sind, entsprechend den Taktiken und Kalkülen der machthabenden Instanz auszugestalten. So gilt es, die den gesellschaftlichen Diskurs begründenden Wissensdispositive als strategische Elemente zu begreifen, die als Begründungsfolie dienen, um Entscheidungen und Vorgaben der *governance* zu legitimieren. So ist

»[la] rationalité politique [...] rattach[ée] à d'autres forme de rationalité. Son développement est largement tributaire des processus économiques, sociaux, culturels et techniques. [...] La rationalité politique étant la racine d'un grand nombre de postulats, évidences de toutes sortes, institutions et idées que nous tenons pour acquis [...]« (Foucault [1988] 1994: 827).

Politische Rationalitäten streben also danach, möglichst umfassend die Handlungs- und Seinsweisen der regierten Subjekte zu beeinflussen und hierdurch die sie konstituierenden Statute sowohl materiell performieren

als auch (re-)produzieren zu lassen. Gleichzeitig ist jedoch dieser Steuerungsprozess primärer Ausgangs- und Reibungspunkt für machtpolitische Konflikte – bis hin zu widerständischen Auseinandersetzungen zwischen machthabender Instanz und Subjekt mit Blick auf geltende Normen. Denn »[e]n somme, toute stratégie d'affrontement rêve de devenir rapport de pouvoir [et puis, de contrôler le discours]; et tout rapport de pouvoir penche [...] à devenir stratégie gagnante« (Foucault [1982] 1994: 241).

Machtausübung sollte demnach von einer rein restriktiven oder repressiven Funktion entbunden werden und stattdessen – in einem biopolitischen Sinne – als Anreizsystem und Katalysator für gesellschaftliche Fortentwicklungen betrachtet werden (vgl. Gehring 2004: 117). Denn gerade die normative Reizung offenbart erst die eigentliche Widerspenstigkeit des Lebendigen.¹² Vitalität wird in einer biopolitischen Regierungsweise als unbedingte Machtressource bestätigt. Diese verfolgt allerdings dennoch strategische Ziele, die dem Selbstzweck ihres Erhalts und ihrer Souveränität dienen. Aus diesem Grund können Machtmechanismen potenziell auch in destruktiv-zerstörerische Praktiken übergehen.¹³ Letzten Endes ist durch diese inhärenten Selbstaktualisierungsmechanismen des Vitalen »ein inneres, jedoch immer prekäres Gleichgewicht möglich: Die Normalität gründet auf der Normativität [...]. [Das Leben ist] Polarität und damit schöpferisch und organisch zugleich« (Muhle 2013: 146).

Als zweite Folie ist die vitale Achse der Macht-Subjekt-Relation mit dem Verständnis von Wissen als einem (bio-)politischen Dispositiv verknüpft. So ist nicht nur das (statistische) Wissen über das Leben und die Bevölkerung

12 Das zeigt auch Georges Canguilhem, indem er vitale Normativität gerade nicht auf systemische Anpassungserscheinungen (ansonsten fände sich das Lebendige in einem pathologischen Zustand wieder), sondern auf eine permanente Reizung und Überschreitung systemischer Regelwerke zurückführt (vgl. Muhle 2013: 145). Denn erst die permanente Selbstaktualisierung macht auch eine Neu-Normierung und den Bedarf kontinuierlicher Regulierung notwendig.

13 Deutlich wird das nach Foucault vor allem dann, wenn Macht nicht mehr die Gestaltung der potenziellen Handlungsfelder, sondern eine wirkliche Beherrschung bzw. Kontrolle des Körpers des Subjekts avisiert. Sobald sich Machtpraktiken physisch gegen das Subjekt wenden bzw. es einzuschränken versuchen, schlage Macht in Gewalt um (vgl. Foucault [1982] 1994: 235). Ab diesem Moment könne auch nicht mehr von einem relationalen, sondern vielmehr von einem repressiv-souveränen Verhältnis zwischen Macht und Subjekt gesprochen werden: »Elle [une relation de violence] n'a donc auprès d'elle d'autre pôle que celui de la passivité; et si elle rencontre une résistance, elle n'a d'autre choix que d'entreprendre la réduire« (ebd.: 235).

ein elementares Steuerungselement, sondern vor allem das vornehmlich neue Wissen eine unabdingbare Machtressource für den Innovationsprozess des modernen Staates.¹⁴ Die im Subjekt angelegte (und eingeforderte) Produktivität wird dabei innerhalb eines reglementierten Verwaltungs- und Ordnungsapparates einem gewissen kapitalorientierten Kontrollmechanismus unterstellt. Auf diese Weise entsteht ein *double bind* zwischen der Freiheit des Menschen für den Markt und dem Markt, der gleichzeitig als Quelle und Orientierungspunkt für Subjektivierungsprozesse und Reglementierungen von individuellen Verhaltensweisen fungiert. Denn

»[d]as Leben jedes Einzelnen wird zum Kapital. [...] Das Pikante dieser These ist, dass die Bedingungen der Freiheit des Menschen dem Markt und der Markt seinerseits den Subjektivierungsprozessen unterstellt sind. Die Bioökonomie fokussiert deshalb den Artikulationsraum der Gouvernamentalität, der einerseits die ökonomischen Unterwerfungstechniken von Subjekten unter heteronomen Bedingungen umfasst und andererseits die sich autorisierenden oder dieser Heteronomie in besonderer Weise widerstehenden Subjekte ermöglicht.« (Borsò 2013: 21)

An diesem Beispiel wird das sich darüber artikulierende Paradoxon der (neo-)liberalen Regierungsweise – einer notwendigen Intensivierung von Kontroll- und Schutzmechanismen zur Garantie eines freien Subjekts – deutlich. So müssen liberale Regierungstechniken »Regulierungsmaßnahmen intensivieren, um die freie Kompetitivität von Interessensubjekten zu sichern, welche ökonomisch [...] produktiv sein sollen« (Borsò 2014a: 13).¹⁵ Nichtsdestotrotz ist auch für das politische System die Potenzialität des Lebens – das Unvorhergesehene und die prinzipielle Kontingenz der Ordnung – eine essenzielle Ressource der Fortentwicklung und (produktiven

14 Muhle (2013) beschreibt das Zusammenwirken von Canguilhem und Foucaults Arbeiten wie folgt: »Damit bezeichnet der Foucault'sche Lebensbegriff ein synthetisiertes Leben, dessen Ursprung sich jedoch bei Canguilhem wiederfindet [...]. So stellt Foucault eine Machttheorie bereit, deren Funktionsweise in der Projektion, Produktion und Imitation einer solchen lebendigen Gemengelage besteht. [...] Damit funktioniert die gouvernementale Biopolitik als eine Art Illusionsmaschine, die das ›Leben als Polarität‹ im Leben der Bevölkerung synthetisiert und im künstlich-natürlichen Milieu der gouvernementalen Techniken regiert.« (Muhle 2013: 155).

15 Insbesondere die Werke von Roberto Esposito verdeutlichen diese Spannungsräume zwischen dem Schutz des Lebens und der gleichzeitigen Eindämmung durch einen erweiterten Verwaltungs- und Kontrollapparat (vgl. Esposito 2004 und 2004b).

wie destruktiven) Neugestaltung der Norm durch die Perturbation eines etablierten gesellschaftlichen Informationssystems (vgl. ebd.: 22).

An diesem Punkt erweisen sich Foucaults Arbeiten allerdings als zu kurz gefasst. Zwar spricht er dem Subjekt als machtpolitischem Akteur widerständisches Potenzial zu, macht dessen Reizung sogar zur Grundbedingung einer politisch-strategischen Regierungsweise, die Normierungsprozesse herausfordert und gleichermaßen verfestigt, »verliert aber das Leben selbst aus den Augen« (Borsò 2014: 145). So finden die Aushandlungs- und Normierungsprozesse noch immer auf Ebene des menschlichen Subjekts statt und stellen durch implizite Objektivierungsprozesse eine zwanghafte Reduktion der Lebendigkeit der Dinge dar (vgl. Haraway 2017: 378f.).¹⁶ Insbesondere Georges Canguilhem und Donna J. Haraway kritisieren die dadurch erwirkte Verklärung und Überhöhung eines von menschlicher Erkenntnisfähigkeit geprägten Lebensbegriffs und attestieren Foucault mangelnde Anerkennung der (informierten) Verkörperung von Wissen (vgl. Deuber-Mankowsky/Holzhey 2013: 16).

Vor allem Donna J. Haraways Arbeiten zeigen auf, dass deduktiv-konstruktivistische Denkansätze zur ubiquitären Klassierung des Lebens zugunsten der Annahme eines prozessualen Verständnisses von Natur und Organismus, von Dingen und Menschen, abgelöst werden können. So informieren sich die (auch menschlich gemachten) Dinge in ihrem Wirken und ihrer körperlichen Materialisierung als ›flexible Baukästen‹ gegenseitig und erweitern in immer neuen Ausschnitten Wissensordnungen (vgl. Weber 2017: 350f.). Elemente, die zu einer (bio-)politischen Strategiebildung und legitimierte Normbildung und Machtausübung beitragen, können nach Haraway folglich als *situiertes Wissen* beschrieben werden – ein Wissen, das seine Gültigkeit aus einem immer neuen Wechselspiel zwischen Erkenntnis von Materialisierung und diskursiver Codierung durch wiederum kulturell geprägte Anerkennungssubjekte erfährt:

»Situierendes Wissen erfordert, dass das Wissensobjekt als Akteur und Agent vorgestellt wird und nicht als Leinwand oder Grundlage oder Ressource

16 Donna J. Haraways Arbeit basiert auf feministischen Ansätzen. Der objektivierend-reduktionistische Blick ist gleichzusetzen mit einem ›männlichen Blick‹, da traditionell das männliche Subjekt als aktives und gleichzeitig rational-objektives Erkenntnisobjekt gegenüber einem passiv-weiblichen bzw. natürlichen Objekt angenommen wird (vgl. Weber 2017: 349).

und schließlich niemals als Knecht eines Herrn, der durch seine einzigartige Handlungsfähigkeit und Urheberschaft von ›objektivem‹ Wissen die Dialektik abschließt.« (Haraway 2017: 398)

Es »gibt also nicht das Leben als originären Sinn [...], sondern vielmehr ein situiertes Wissen, das vom materiellen Kontext über das Lebende in-formiert [sic!] wird, Form bekommt« (Borsò 2014: 143). In dieser Verkörperung erweist sich zudem, dass sich die Übermittlung von Wissen und konkreten Handlungs- und Normierungspraktiken nicht allein menschlicher Erkenntnisfähigkeit verdankt, sondern die Übermittlungen selbst im Zusammenwirken mit Objekten beziehungsweise Materie als handlungs- und wirkungsberechtigten Akteuren entstehen und somit das Subjekt von den Dingen informiert wird (vgl. Haraway 2017: 399).¹⁷ So ist die Welt eben

»[...] nicht in klaren und distinkten Vorstellungen zu erfassen. Ebenso wenig ist sie ein großes Buch, das darauf wartet, von jenen gelesen zu werden, die im Besitz des Kodes sind [...]. Vielmehr ist sie von Agenten gemacht [...]« (Balibar 2013: 95).

Just diese Hinwendung zu den ›Agenten der Welt‹ kann unter Berücksichtigung der Foucault'schen Gouvernementalität als Regierungspraxis, die sich auf die Steuerung (potenzieller) Handlungen bezieht, gewinnbringend verknüpft werden. So schafft Foucaults Gouvernementalitätstheorie die Basis für eine umfassende politisch-diskursive Kontextualisierung von Akteurs- und Materialisierungspraktiken, die insbesondere Praktiken der Regulierung und Subjektivierung auf Basis von Wissens- und damit verbundenen Normierungsprozessen innerhalb einer Gesellschaft offenbart:

»Das von ihm [Foucault] geprägte Konzept der Gouvernementalität rückt die wechselseitige Konstitution und die systematische Kopplung von Machttechniken, Wissensformen und Subjektivierungsprozessen in den Mittelpunkt.« (Lemke 2013: 168)

17 Thomas Lemke sieht in einer derartigen Überwindung dichotomer Grenzen zwischen Mensch und Nicht-Mensch zudem die Möglichkeit der Präzisierung der Verhandlungs- und Informationsprozesse eines biopolitisch gesteuerten Subjekts. So stellt sich »Mensch-Sein nicht mehr länger als solider Endpunkt evolutionär-natürlicher Prozesse dar, sondern erscheint als prekäres Ergebnis einer technischen Produktion und als Gegenstand von sozialen Aushandlungsprozessen und kulturellen Deutungsmustern« (Lemke 2013: 166f.).

Die bisherige Auseinandersetzung mit dem machtpolitischen Potenzial der Wissens- und Diskursproduktion auf Basis von Foucaults Arbeiten zeigt die Vielschichtigkeit der Mechanismen, die Subjektivierungen erwirken können. Ebenso offenbart sich die Notwendigkeit, Verschiebungen in und durch die Interaktion der Akteure der Welt zu denken, die sich aber nicht nur auf Veränderungen des Sag- und Denkbaren, sondern auch auf veränderte materielle Erfahrungen zurückführen lassen.

Im Anschluss an diese epistemisch-theoretische Auseinandersetzung mit dem Zusammenwirken von Wissensbeständen, Diskursen und diskursiven Materialisierungen sowie machtstrategischen Formierungen nach Foucault werden nachfolgend – und in Hinführung zu den Theorien Bruno Latours – verschiedene Funktionalitäten von Wissen (politisch, sozial) näher betrachtet, die in diesem Zusammenwirken ausdifferenziert werden können.

2. Wissensverhältnisse, Diskurse und Akteure – materielle Praktiken (Latour)

Wissen offenbart in seiner politischen Funktion eine direkt konstitutive Relation zu Macht beziehungsweise zur Legitimation von Machttechniken. So formt Wissen diskursive und normative Rahmen einer Gesellschaft, »schreibt sich ein«. Lyotard kommt in der Folge zu dem Schluss, dass »Wissen und Macht zwei Seiten derselben Fragen sind: Wer entscheidet, was Wissen ist, und wer weiß, was es zu entscheiden gilt? Die Frage des Wissens ist [...] mehr denn je die Frage der Regierung« (Lyotard 2015: 41).

Diese machtpolitische Dimension ist es, die Wissens- und Diskursbildungsprozesse in ihr spezielles Spannungsverhältnis setzt. So erweisen sich (u.a. auch der Foucault'schen Relativierung der Diskursbildung geschuldet) der Zweifel an, die Kontroverse um und die Abkehr von beständigen Metanarrativen als zentrale Praktiken,

»verfeinert [das Wissen] unsere Sensibilität für die Unterschiede und stärkt unsere Fähigkeit, das Inkommensurable zu ertragen. Es selbst findet seinen Grund nicht in der Übereinstimmung der Experten, sondern in der Paralogie der Erfinder.« (Ebd.: 26)

In dieser Potenzialität des Anerkennens eines Wider-Sinns, eines Nicht-Erkannten innerhalb einer Wissensordnung, verbirgt sich eine kreative Kraft,

die Gesellschaften und ihre Konstituenten als stetige multiverse Aktualisierungsinstanzen erscheinen lässt, denn

»so fein und locker das wissensvermittelnde und beratende Netz zwischen Wissenschaftsproduzenten, Staat und sozialen Hauptakteuren auch immer gesponnen [ist] – gegen Prozesse der plötzlichen massiven Entwertung traditioneller Deutungen und entsprechender Wissensbestände [gibt] es keine Versicherung.« (Evers/Nowotny 1987: 313)¹⁸

Nichtsdestotrotz wird eine fortlaufende Aushandlung von festen Deutungsrahmen und gesicherten Erkenntnissen, über die sich gesellschaftliche Diskursstrukturen formieren können, von einer machtpolitisch verantwortlichen und damit Entscheidungen treffenden Instanz wie politischen Regierungsakteuren erwartet. So ist insbesondere in einer sich zunehmend globalisierenden Welt und angesichts der damit verbundenen Schnellebigkeit eine »Suche nach neuen gesellschaftlichen Leitbildern intensiv spürbar, der Prozeß der Produktion versichernden Wissens vehement« (ebd.: 19f.). Politik und Staat haben Sicherungssysteme zu schaffen,¹⁹ die auf abstrakt-externe (zum Beispiel Katastrophen, Krieg, Hunger) sowie innergemeinschaftliche Ängste und Problemlagen (zum Beispiel Arbeitsplatzverlust, soziale Einsamkeit) der von ihr politisch verantworteten Gesellschaft zu reagieren haben (vgl. ebd.: 21).

-
- 18 Ähnlich wie Latour versteht Helga Nowotny »die Gesellschaft nicht sosehr [sic!] als Ausdruck sich wandelnder Ordnungen, sondern als Produkt sozialer Aktion und Bewegung« (Evers/Nowotny 1987: 314) – allerdings ohne den Dingen eigene Handlungspotenzialitäten zuzusprechen. Laut Nowotny werde die mehr oder weniger statische Subjekt-Objekt-Konzeption der Gesellschaft (Foucault) von einem netzwerkartigen Verständnis des Ineinandergreifens verschiedener Handlungsfelder und ihrer Akteure abgelöst.
- 19 Just für die Herstellung der hierfür benötigten Sicherungssysteme bzw. gesellschaftlichen Selbstsicherheit spielt das Expertenwissen bzw. die Erarbeitung einer gesicherten Faktenlage zu den betrachteten Phänomenen eine entscheidende Rolle (vgl. Evers/Nowotny 1987: 23). Das birgt jedoch – zumindest für die wissenschaftliche Wissensproduktion – die Gefahr, zur Selbstvermarktung getrieben zu werden, also der Erwartungshaltung der Gesellschaft entgegenkommen zu müssen und bisweilen Verheißungen (vgl. Strohschneider 2017: 6f.) anstelle von gesichertem Handlungswissen zu produzieren. Hagner führt das exemplarisch an Forschungen zum Klimawandel aus (vgl. Hagner 2012: 17): Wissen bzw. wissenschaftliche Erkenntnis dürfe und solle machtpolitisch nicht als Rechtfertigungsfolie für Entscheidungen missbraucht werden, die einer umfassenderen gesellschaftlichen bzw. multiversen Debatte bedürfen (vgl. ebd.: 32).

Es ist also Aufgabe der Politik, diese möglichen Gefahren zu erkennen, zu klassifizieren und als Risiko kalkulier- und steuerbar zu machen.²⁰

Neben dieser systemisch-normierenden Dimension ist der politischen Funktion von Wissen auch eine Art diskursives Prägewissen inhärent, das gesellschaftliche Orientierungsrahmen und Verhaltensweisen generiert (vgl. ebd.: 306). Insbesondere die hierüber katalysierte Verhaltenscodierung oder auch habituelle Orientierung kann als soziale Funktion von Wissen verstanden werden. So hat

»ein erfolgreich als wissenschaftlich qualifiziertes resp. behauptetes Wissen nicht nur eine dominante Position in der gesellschaftlichen Wissensordnung inne [...], sondern [ist] tatsächlich der einzige allgemein verbindliche Teil dieser Wissensordnung [...].« (Weiß 2006: 18)

In seiner sozialen Funktion ist Wissen somit eng mit den Aushandlungsmechanismen für kollektive Normen- und Wertekataloge verknüpft. Nowotny plädiert dieser Prämisse folgend dafür, die bereits im Foucault'schen Diskursbildungsprozess angesprochenen Aushandlungsvorgänge bezüglich der Implementierung ›anderer‹ (Wissens-)Elemente als diskursprägenden Einschreibungsmechanismus zu verstehen. So produzieren Diskurse ihrer Ansicht nach

20 Helga Nowotny beschreibt mit der konsensuellen Verständigung, was als Risiko zu gelte habe und von der sogenannten Unsicherheitsgesellschaft ausgeschlossen werden solle (vgl. Evers/Nowotny 1987: 27). Es handelt sich dabei um einen ähnlichen Mechanismus, wie ihn Roberto Esposito mit dem Immunisierungsparadigma moderner Gemeinschaften entwickelt hat. Esposito geht in seiner Analyse – ausgehend von einer biopolitischen Betrachtung moderner Regierungsweisen – von potenziell dauerhaften Gefahren bzw. Unsicherheiten der Gesellschaft aus, die als Legitimations- und Rechtfertigungsfolie machtpolitischen Entscheidungen der Regierung zugrunde liegen würden (vgl. Esposito 2004: 15). Daraus ergibt sich eine »dialektische Figur [...] einer ausschließenden Einschließung« (ebd.: 15), da durch das Raumlassen einer potenziellen Bedrohung für den Gesellschaftskörper erst regulative Praktiken des Schutzes ermöglicht bzw. legitimiert werden. Diese Praktiken der Regierungsweisen können in ihrer extremen Anwendung jedoch selbst zu einem Risiko für die Gesellschaft werden, wenn sie die Vitalität der Bevölkerung ersticken, »sodass die Welt schließlich riskiert, sich zu Tode zu schützen« (Borsò 2014: 149). Esposito fordert daher – ähnlich wie Bruno Latour – eine Transzendenz dieses Wechselspiels zwischen Ausgrenzung zur Verfestigung der Eingrenzung einer Gesellschaft bzw. Gemeinschaft, hin zu einer »Öffnung zur Osmose zum anderen« (ebd.: 149).

»Theorien«, die unsere Erfahrung zu strukturieren vermögen und die das kollektive Reservoir an Wissen darstellen, durch das sich die Menschen als Individuen ihr eigenes, sozial relevantes Wissen und Handlungskompetenz letztlich aneignen [...].« (Evers/Nowotny 1987: 19)

Gleichermaßen sieht sie in der Genese eines sogenannten Orientierungswissens ein weiteres Beispiel für einen Verhandlungsprozess, bei dem alte soziale Konstituenten von neuen Wissensbeständen abgelöst und für einen gesellschaftlichen Verhaltens- und Normenkatalog codiert werden können (vgl. ebd.: 310). Die soziale Funktion von Wissen erweist sich demnach mit der politischen Funktion verschränkt. So steht das Orientierungswissen im Zusammenhang mit einer bestimmten Verwertungsabsicht der gewonnenen Erkenntnis, die sich durch das Ansinnen ergibt, »den gemeinsam [...] gesetzten Orientierungsrahmen durch Wissen und Handeln zu interpretieren« (ebd.: 49). Machtpolitische Entscheidungsprozesse – Nowotny zeigt dies beispielsweise anhand der Aktualisierung von Hygienevorschriften nach der Entdeckung von Cholerabazillen (vgl. ebd.: 47f.) – können sich folglich aus einer notwendigen Orientierungs- und Sicherungsfunktion im Umgang mit Wissen speisen und gleichermaßen darüber erst legitimieren.

Aufgrund der normativen und machtpotenziellen Verschränkung von Wissen ist es jedoch unerlässlich, sich bewusst zu machen, dass alle funktionalen Dimensionen von Wissen immer als Diskursmarker verstanden werden müssen, die einen Leitpunkt für die Performanz von Subjekten in Kongruenz mit dem gesellschaftlich-diskursiven Gefüge darstellen (vgl. Lyotard 2015: 62). Das gilt für die soziale Funktion von Wissen ebenso wie für die politische.

Wissensbestände und ihre (diskursive) Vermittlung unterliegen folglich dem Zusammenspiel verschiedener Prozesse und Interessensakteure. Dennoch laufen diese Produktionsprozesse und die mit ihnen verbundenen Interessenlagen nicht ohne Spannungsmomente ab. Sie werden vor allem von Fragen der Partizipationsberechtigung und einer damit verbundenen Informationskontrolle gesellschaftlicher Verantwortlichkeiten eröffnet (vgl. Weiß 2006: 19, Lyotard 2015: 53f.). Daher werden nun die inhärenten, relativen Beziehungen und Handlungspotenziale verschiedener Akteure, die als Ausgangspunkt machtpolitischer Regulierung dienen, näher in den Blick genommen. Denn im Zusammenwirken verschiedener Agenten in der Wissens- und Ordnungsbildung ergibt sich ein unmittelbarer Anknüpfungspunkt zu Bruno Latours Arbeiten.

2.1 Realisierungs- und Produktionsbedingungen von Wissen

Ähnlich wie Foucault konstatiert Latour, in der Moderne gelte Wissen zwar als produktives und konstitutives Austauschelement für beispielsweise Politik oder Ökonomie, gleichzeitig sei es allerdings in einer von der ›normalen Gesellschaft‹ und ihren Teilbereichen getrennten Sphäre situiert. Wissensgewinnung wird ein gewisses Maß an (menschlicher) Autonomie fernab von gesellschaftlichen Strukturen zugestanden und beispielweise Wissenschaftler als Instanzen angesehen, die zwischen den Sphären der allgemeinen Existenzweise und einer ›Welt der Ideen‹ wandeln und vermitteln können:

»[...] Wissenschaft könne nur unter der Bedingung überleben, daß eine absolute und nicht nur relative Unterscheidung hergestellt werde [...]. Ohne diese Dichotomie zwischen ›ontologischen‹ und ›epistemologischen‹ Fragen wäre das gesamte moralische und soziale Leben bedroht[,] [...] [w]eil es ohne sie keine unbestreitbaren Bezugspunkte mehr gäbe« (Latour 2001: 24).

Diese Annahmen bedingen eine souverän agierende, klassierende menschliche Instanz, die aus einer externen Sphäre heraus die Möglichkeit habe, die Dinge und Prozesse der Welt zu verstehen, zu beschreiben und dieses Wissen in die Gesellschaft zurückzuführen. In seinen weiteren Ausführungen setzt Bruno Latour genau an dieser Grundproblematik an, die auch das Foucault'sche Subjekt-Objekt-Verständnis auszeichnet: Die gegenwärtige Wissensverhandlung folge einer klassischen binären Logik von Natur und Kultur – einer Natur, die durch die Kultur und das Verständnis des Menschen erkannt und vermittelt werden muss. Jedoch beruht die »Subtilität dieser Organisation [...] gänzlich auf der Macht, die jenen verliehen wird, die *fähig sind, von der einen zur anderen Kammer überzuwechseln*« (ebd.: 27; Herv.i.O.).

Problematisch an der Trennung zwischen Natur und Kultur ist, dass sie gleichermaßen eine Trennung von Subjekt (als Erkennendem) und Objekt (als Erkanntem) impliziert. Dem Objekt selbst wird somit zunächst keine eigene Wirk-/Sprechfähigkeit zugesprochen, es fällt hinter das vermittelnde Subjekt zurück. Latour sieht in diesem Umstand sowohl eine zu kurz gefasste Auseinandersetzung mit der Potenzialität des erkennenden Subjekts als auch des erkannten Objekts.²¹ Denn in dieser klassischen Aufteilung nehme der

21 Hier findet sich eine Anschlussmöglichkeit an die bereits erwähnten Arbeiten Donna J. Haraways oder auch Karen Barads, die ähnlich vehement wie Latour der Vorstellung eines leeren, passiven und natürlichen Objekts widersprechen und stattdessen Objek-

Mensch als erkennendes und klassierendes Subjekt und ›Sprecher der Natur‹ eine Mittler- beziehungsweise Übersetzerrolle zwischen den Dingen und der Gesellschaft ein (vgl. ebd.: 95). Allerdings würden dadurch sowohl mögliche Interessen- und Deutungsgrundlagen des menschlichen Subjekts als auch die eigentliche Potenzialität des Objekts verzerrt – zumindest aber verschleiert.

Latour betrachtet beispielsweise die Wissenschaften und das von ihnen produzierte Wissen über die Dinge lediglich als Instanz, die »eine allgemeine Alphabetisierung stummer Entitäten definier[t] [...], um *Welten in die Lage zu versetzen, zu schreiben oder zu sprechen*« (ebd.: 97f.; Herv.i.O.). Das erkennende Subjekt ist somit nicht die Instanz, die die Dinge der Welt zum Sprechen bringt. Es vermag lediglich Kommunikations- oder Aktionsprozesse zu beschreiben, wohingegen die »Tatsachen für sich sprechen« (ebd.: 98) und somit ein hierüber generiertes ›situiertes‹ Wissen entsteht, das als ein vom Objekt informiertes Wissen im Haraway'schen Sinne zu verstehen ist. Da »Materie selbst als aktiv, wirkmächtig und plural statt als passiv, inert und einheitlich [gedacht wird]« (Lemke 2017: 553)²², werden Materialisierungsprozesse neu akzentuiert. Als Übersetzer der potenziellen Äußerungs- und Interaktionsmöglichkeiten des Objekts wird dem Subjekt keine Autonomie zugestanden. Schließlich ist es Teil eines gesellschaftlichen Diskurses und (Interessen-)Netzwerks, das in Relation zu verschiedenen Operationsketten steht, die sowohl einzelne Personen oder Kollektive als auch Apparate oder Zeichen in ihrem Ablauf und Zusammenwirken an sich bindet (vgl. Schüttpelz 2008: 237).

Diese doppelte Rolle des erkennenden Subjekts in der Wissensverhandlung birgt ein beachtliches Spannungspotenzial. So ist das erkennende Subjekt zum einen agierender Bestandteil einer Gesellschaft – oder mit Foucault gesprochen eines spezifischen diskursiven Komplexes –, zum anderen ist es Mittler, Übersetzer und informierter Sprecher von Tatsachen der ›Dinge der Welt‹. Deren Analyse und Verarbeitung findet auf Grundlage der erstgenannten Rolle statt und kann von verschiedenen (un-)bewussten Interessen geleitet

ten eine eigene Handlungs- und (informierende) Wirkpotenzialität zusprechen: »Die Welt spricht weder selbst, noch verschwindet sie zugunsten eines Meister-Dekodierers. Die Kodierungen der Welt stehen nicht still, sie warten nicht darauf, gelesen zu werden. Die Welt ist kein Rohmaterial der Humanisierung [...] [; sie ist] eine aktive Entität« (Haraway 2017: 399).

- 22 Aus diesem *material turn* entwickelte sich die bereits angesprochene theoretische Strömung des *new materialism*, dem in Teilen Bruno Latour, Donna J. Haraway und insbesondere Karen Barad zugeordnet werden können. Für eine ausführliche Beschreibung der Entstehung und theoretischen Inhalte des *new materialism* siehe Lemke (2017).

oder beeinflusst werden.²³ Immer dann, wenn (Wissens-)Objekte auf Gesellschaften einwirken, spricht Latour vom Feld der *Politischen Epistemologie* (vgl. Latour 2001: 25f.). So sei die Produktion von politischem Wissen als Komposition aus verschiedenen gleichzeitig wirksamen Handlungen, Akteuren und Interessen zu verstehen. Dieser Ansatz

»hat den Vorteil, daß man nicht mehr gezwungen ist, Wissenschaft und Politik als entkoppelte, einander gegenüberstehende Ensembles zu betrachten, deren Schnittmenge anschließend gesucht werden muß. Man hat es vielmehr mit zwei im großen und ganzen gleichläufigen Tätigkeitsformen zu tun, deren Wege sich im Laufe der Zeit kreuzen und wieder trennen. Die Handlung ist in der Tat immer zusammengesetzt, und die Summe dieser Komposition ist immer mehrdeutig.« (Latour 2016: 30)

Anders als Foucault denkt Latour das Zusammenwirken der Dinge und Subjekte innerhalb der Gesellschaft beziehungsweise zur Formierung (sozialer) Realitäten und Rollen allerdings eben gerade nicht ausgehend von einer anthropozentrischen Überlegenheitsstellung. Vielmehr versteht er es als prozessual gleichberechtigtes und ko-konstitutives handelndes Zusammenwirken von stets wandelbaren Rollen zwischen menschlichen und nicht-menschlichen Akteuren (vgl. Schulz-Schaeffer 2017: 278f.). Dies lässt sich u.a. am Beispiel des Türöffnens verdeutlichen:

»In den Prozessen ihrer wechselseitigen Relationierung fungieren die menschlichen wie nichtmenschlichen Handlungsträger sowohl als Auslöser wie auch Adressaten der verschiedenen Einwirkungen. [...] [E]in mechanischer Türschließer [erhält] seine Gestalt durch die Konstruktionsleistungen menschlicher Akteur_innen. Umgekehrt formen aber auch Türen und Türschließer ihre Benutzer_innen [...]« (Schulz-Schaeffer 2017: 278).

Auch Diskurse oder diskursive Gegebenheiten werden in der Latour'schen Auffassung als eigene Entitäten mit relativ-prozessualer Kraft anstatt als Prägefölie im Foucault'schen Sinne verstanden. Gleichzeitig ist diese Annahme als Abkehr von dichotom angelegten Subjekt-Objekt-Schemata zu verstehen.

23 Dies gesteht Latour zumindest den (Labor-)Wissenschaften zu: »[D]ie Weißkittel sind die Sprecher der nicht-menschlichen Wesen, und wie bei allen Sprechern sollte man an ihrem Vermögen, im Namen ihrer Mandanten zu sprechen, *stark, aber nicht definitiv zweifeln*« (Latour 2001: 95; Herv.i.O.).

Latour konzipiert das Zusammenwirken der Entitäten in der Welt nicht anhand epistemisch-anthropozentrischer Annahmen einer Container-Soziologie²⁴ (vgl. Keller/Lau 2008: 308), sondern vielmehr im Sinne eines multiversen Netzwerks als *flat ontology*, die sich in einer ständigen prozessualen Verhandlung und Aktualisierung befindet²⁵ und deren Rollenzuschreibung ebenfalls produktiv und dynamisch wandelbar bleibt:

»Die verschiedenen Schichten werden sich vervielfachen, wobei jede zu einem anderen Handlungsverlauf gehört, der auf zahlreiche Umwege folgt oder ihnen vorausgeht, Umwege, die wiederum das ursprüngliche Ziel modifizieren, die jeweils eine kollektive Handlung darstellen, im Hinblick auf die man die gerade geltenden Sitten [...] berücksichtigen muss.« (Latour 2016: 32f.)

Doch wie wirken die verschiedenen Schichten zusammen? Welche Akteure und Strukturen können nach Latour als konstitutiv für Mechanismen der Wissensproduktion und Vermittlung angesehen werden? Und inwiefern prägen oder implizieren sie politische wie epistemische Interessen?

2.2 Wissensverhältnisse als Interessennetzwerk

Elementar für Latour ist, dass die Produktion bzw. Verhandlung von Wissen intrinsisch mit Dingen verwoben ist. Zwar dienen Wissensbestände dazu, die Welt zu erkennen und die sie konstituierenden Prozesse zu erklä-

24 Räume als Container oder Behälter zu betrachten, basiert auf einem absoluten Raumbegriff. Dieser Ansatz wurde u.a. bereits von Aristoteles vertreten, der in seiner Kategorienlehre den Raum als Summe aller von Körpern eingenommenen Orte verstand, wobei der Ort selbst Teil eines allumfassenden Raums war (vgl. Schroer 2012: 32f.). Auch andere Wissenschaftler wie Isaac Newton folgten der Annahme eines absoluten Raums.

25 Zumindest mit Blick auf sein ständiges Dynamisierungspotenzial kann Diskurs nach Foucault als anschlussfähig betrachtet werden, insofern Ordnungen und Ordnungsgelänge durch das potenziell »Andere« herausgefordert werden können. Darüber hinaus folgen diese Annahmen von sozialer oder gesellschaftlicher Räumlichkeit der in den Kulturwissenschaften unternommenen Ausdifferenzierung des *spatial turn* – Raum als Funktionsbeziehung (vgl. Günzel 2007: 15) – in Richtung eines *topographical turn* – Analyse der Produktion von Räumlichkeiten über technische und kulturelle Repräsentationsweisen (vgl. ebd.: 18). Der Fokus der Raumbeschreibung liegt somit auf den Entitäten, die den Raum konstituieren, also auf einer Beschreibung »anhand von Elementen [...], die relational zueinander bestimmt werden« (ebd.: 17).

ren, allerdings »nur unter der Bedingung, daß man den Wissenschaften ihre wirkliche Umwelt zurückgibt, die Umwelt, die sie überhaupt erst möglich macht« (Latour 2016: 191). Grundlage hierfür ist die allgegenwärtige Vernetzung und Wirkmächtigkeit aller beteiligten Entitäten. So stehen für Latour keine menschlichen Individuen mit ihrem Erkenntnispotential im Vordergrund, sondern Prozesse der Wissensentstehung. Diese werden eben gerade durch Überlagerungsmechanismen sowie die Verknüpfung verschiedener Interessenslagen und nicht durch rein deduktive Erklärungsmuster externer Größen hervorgebracht (vgl. Besio 2011: 122); »Handlungsträgerschaft wird nicht mehr nur als Eigenschaft oder Fähigkeit menschlicher Subjekte oder Kollektive, sondern als zwischen Menschen und Dingen verteilter Prozess begriffen« (Liburkina/Niewöhner 2017: 186).²⁶ Entscheidend hierbei ist folglich, Wissensverhandlung nicht nur als menschliche (Kollektiv-)Leistung zu begreifen, sondern auch die grundierenden externen Einflüsse, also die äußeren Dinge, zu berücksichtigen, die in ihrem Zusammenwirken etablierte (soziale) Standardisierungsmechanismen prägen.

An einem Beispiel zeigt Bruno Latour zusammen mit Steve Woolgar²⁷, dass durch die Nutzung von Gegenständen wie Laborgeräten nicht nur Erkenntnisse gewonnen werden können, sondern diese Geräte in ihrer Verwendung und prozessualen Beteiligung selbst eine kulturell codierte und disziplinspezifisch tradierte Nutzungsweise hervorbringen. Laborgeräte sind folglich »nicht nur Speicher kultureller Ordnung, sondern sie partizipieren aktiv in der (Re-)Produktion und Gestaltung einer Laborkultur, verstanden als Alltagspraxis« (ebd.: 184). Insbesondere in ihrer Einflussmöglichkeit auf sozio-

26 Unter anderem Schüttpelz (2008) kritisiert an den weiteren Ausführungen Latours, dass durch operationale flache Ontologien keine partikularen Artikulationszuschreibungen mehr möglich seien, sondern alles als »Effekt« entsprechender Verkettungen gewichtet [wird]« (Schüttpelz 2008: 249; Herv.i.O.). Durch diese Fokussierung auf Effekt und Übermittlung entzieht Latour seinen sich hierauf gründenden Kollektiven jedoch eine real-materialhistorische und diskursive Verortung als gesellschaftlich codierte Entitäten. Er denkt sozusagen Sender und Empfänger in ihrem prozessualen Zusammenwirken ohne ihre partikuläre Situiertheit in der Welt (vgl. ebd.: 250f.). In der Folge entsteht die »Welt – denn eine Welt ist weiterhin gemeint, unsere Welt und jede historische Welt – [...] in einer solchen Sicht nur noch aus Mediatoren und Medialisierungen« (ebd.: 250).

27 Für eine detaillierte Beschreibung der Erkenntnisse von Latour/Woolgar mit Blick auf Laborpraktiken siehe Latour/Woolgar (2013) oder zusammenfassend Liburkina/Niewöhner (2017).

kulturelle Praktiken – Latour/Woolgar sprechen von Inskriptionsprozessen (vgl. ebd.: 184) – findet sich die Wissensverhandlung in einem Spannungsfeld wieder, das von verschiedenen Interessen und Zielsetzungen überlagert wird, wenn das produzierte oder zu produzierende Wissen eventuelle systemische Veränderungen in einem gesellschaftlichen Gefüge zu bewirken vermag.

Als Beispiel führt Latour unter anderem die Entwicklung der Antibabypille an (vgl. Latour 2016: 31ff.). Hierfür bedurfte es des Zusammenspiels von verschiedenen Akteuren, wobei sowohl Interessenslagen als auch Auswirkungen auf Gesellschaft und insbesondere Körper und Handlungsmöglichkeiten der Frau zu berücksichtigen sind. Zentrale Interessenakteure waren laut Latour feministische Aktivistinnen, Chemiker und industrielle Geldgeber. Ihr gemeinsames Handeln führte zur Herstellung und Markteinführung der Pille, zu Diskussionen und Änderungen der Gesellschaft (Gesetzgebung, Debatten in der Politik) und letztlich auch zur sexuellen Selbstbestimmung der Frauen (vgl. ebd.: 33). An diesem Beispiel offenbart sich auf praktische Art und Weise, wie eng Wissensverhältnisse mit politischen oder auch juristischen Entscheidungen und gesellschaftlichen Umbrüchen in Verbindung stehen und inwiefern verschiedene Akteure miteinander agieren. Latour konstatiert, dass sich

»Tausende von Beispielen für diese Hebelbewegungen finden werden, mittels deren die Forscher sich massiv in bestehende Praktiken einklinken, gewisse Elemente entfernen, wiederaufbereiten und sie dann erneut in die Ausgangssituation einfügen, die sich dauerhaft verändert finden wird – bevor all dieses Zusammentreffen eingebürgert und aus dem Gedächtnis verschwunden sein wird.« (Latour 2016: 128)

Zentral für diese die Gesellschaften und Politiken herausfordernden Praktiken ist, dass die beteiligten Akteure eben gerade nicht als mehr oder weniger statische Austauschpersonen in einem wechselseitigen diskursiven Gefüge angesehen werden. Vielmehr sind sie als Akteure in einem rhizomatischen gesellschaftlichen Gefüge verknüpft, in dem sie jederzeit verschiedene Rollen und Interessen vertreten können, und dadurch in einen produktiv dynamischen Prozess eintreten. So ist es Bruno Latour ein elementares Anliegen, vermeintlich klare Kategorisierungen und Begrenzungen – wie sie im politischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Bereichen zu finden sind – ein für alle Mal zugunsten der Akzeptanz einer »untrennbar ineinander verwobenen Gemengelage aus menschlichen wie nicht-menschlichen Akteuren« (Schroer 2008: 365) zu überwinden.

Diese Annahmen arbeitete Bruno Latour bereits Mitte der 2000er Jahre in Form der *Akteur-Netzwerk-Theorie* (ANT) zu einem eigenen Konzept aus. Das soziale Gefüge einer Gesellschaft, also der soziale Raum, und sein normativer Rahmen existieren nicht per se, sondern werden durch soziale Handlungen gefestigt, bestätigt oder auch verändert. Zentrales Element ist für Latour somit die Handlungspotenzialität von Entitäten (vgl. Latour 2005: 41). Diese Handlungen sind im Sinne der ANT nicht als bewusster Vorgang, sondern als relationaler, sich überlagernder Prozess zu verstehen, der eigene Realitäten formiert (vgl. Keller/Lau 2008: 319). So stellen Handlungen keine Folge von autonomen Entscheidungsprozessen von Entitäten dar. Vielmehr sind sie Ausgangspunkt für eine Analyse aller Akteure, die eine bestimmte Entität zu einem Verhalten oder einer Entscheidung bewegen, die als Handlung sichtbar wird. Handlungen festigen wiederum bestimmte Strukturen in ihrem Vollzug (vgl. Conradi/Derwanz/Muhle 2013: 11). Anhand von Handlungen lassen sich laut der ANT somit sämtliche Verknüpfungsprozesse des Sozialen sichtbar machen. Handlungen sind also mehr als nur ein Bestandteil von sozial ritualisierten und in sich begrenzenden Handlungsfeldern:

»Action is not done under the full control of consciousness; action should rather be felt as a node, a knot, and a conglomerate of many surprising sets of agencies that have to be slowly disentangled. It is this venerable source of uncertainty that we wish to render vivid again in the odd expression of actor-network.« (Latour 2005: 44)

Entscheidend für Latours Ansatz der ANT ist zum einen die Verschiebung der Analyse gesellschaftlicher Gefüge mittels Handlungspotenzialitäten sowie die Annahme einer Unmittelbarkeit und steten Dynamik. Zum anderen fordert die ANT die Ausweitung von Handlungspotenzialität auf alle Entitäten einer Gesellschaft, sprich Subjekte wie Objekte, und deren Formierung innerhalb eines gleichermaßen zusammenwirkenden Kollektivs (vgl. Latour 2005: 74f.). Damit wertet Latour das Objekt zu einer handlungswirksamen Entität innerhalb des gesellschaftlichen Kollektivs auf unterscheidet die ANT von der klassischen Sozialtheorie, die klar dem (menschlichen) Subjekt eine unabhängige Handlungshoheit über eine passive ›Dingwelt‹ zugesteht.²⁸ Diese Annahme fordert zudem auch eine Rückkopplung zwischen menschlicher Entität und ›Ding‹, die sowohl menschliche Verhaltensweisen und Handlungen

28 Dieser Ansatz wurde bereits bei der Beschreibung des ›klassischen‹ Verständnisses der Beziehung von Erkennendem und Erkanntem, Subjekt und Objekt, deutlich.

hervorrufen oder beeinflusst, sowie auch möglicherweise Rückwirkungen auf das gesamte gesellschaftliche Gefüge haben kann. Dinge sollen jedoch nicht vermenschlicht werden. Vielmehr geht es darum, sie in ihrer Wirkungspotenzialität als gleichberechtigte Akteure eines hybriden Kollektivs²⁹ zu verstehen: »The project of ANT is simply to extend the list and modify the shapes and figures of those assembled as participants and to design a way to make them act as durable whole« (ebd.: 72). Diese These einer Potenzialität des Objekts hat umso größere Bedeutung, je stärker eine potenziell verändernde Kraft auf das gesellschaftliche Gefüge und einzelne menschliche Subjekte einwirkt und »neue« bzw. »andere« Dinge entstehen.³⁰ Schließlich stoßen »neue Dinge« Verhandlungsprozesse über ihren Status und ihre Position in einer Gesellschaft an und wirken auf das Subjekt selbst ein (vgl. Latour 2008: 325). Das tun sie allerdings nicht primär in einem diskursiv-reglementierenden Sinne, sondern indem sie soziale Rollen modifizieren (wie das Beispiel der Antibabypille zeigt) oder das menschliche Verhalten verändern. Neue Dinge bedingen demnach neue soziale Verhaltensweisen, die sich – sofern akzeptiert – auf Basis von Ritualisierungs- und Wiederholungsmechanismen in den kollektiven Habitus und letztlich in das Subjekt selbst einschreiben (vgl. Latour 2005: 210f.).³¹ Für die Fortführung und Anpassung der Standardisierungs- und Im-

29 Hybrid aus dem Grund, um jedwede Statik bzw. »starre« Handlungszuweisung zu unterbinden. Wie Schulz-Schaeffer am Beispiel der US-amerikanischen Waffenlobby zeigt, führt Latour das Kollektiv als hybriden Gesamtakteur ein und löst damit die Zuschreibung einer Handlung als Eigenschaft eines Akteurs zugunsten einer Verhaltensweise im Netzwerk auf (vgl. Schulz-Schaeffer 2017: 280f.).

30 Latour weist gerade der wissenschaftlichen Wissensproduktion und ihren Erkenntnissen eine Sonderrolle zu, da hier eine besondere konstitutive Verwobenheit von Subjekt und Objekt bestehe. Wissenschaftliche Erkenntnis über »die Dinge«, ihre Neuformation oder Transformation, basiere auf einer wechselwirkenden Arbeit zwischen Forscher und Erforschtem. Das könne auf die Relation von den beteiligten Entitäten – abhängig vom Ergebnis – und auf das gesamtgesellschaftliche Kollektiv rückwirken. So weist Latour – ähnlich wie Foucault – wissenschaftliche Fakten als prototypische Grundlagen für Erklärungsmuster und Klassierungen aus, die gesellschaftliche Diskursstrukturen bedingen und konstituieren (vgl. Latour 2005:119).

31 Der Begriff Habitus geht in dieser Form der Verwendung auf den französischen Soziologen Pierre Bourdieu zurück, der – ähnlich wie Latour – den Habitus als »loi sociale incorporée« (Bourdieu 2002: 74) versteht. Dessen Einschreibung basiert auf einer steten Reproduktion von kollektiv anerkannten Normen, Werten und Verhaltensweisen (vgl. ebd.: 55), die gleichzeitig die Wahrnehmungsraster des Subjekts und dessen Interaktionsweisen innerhalb der Gesellschaft codieren: »l'être social [, est puis le produit] de l'incorporation des classements ainsi naturalisés« (ebd.: 56). In dieser Hinsicht be-

plementierungsprozesse an die neuen Dinge ist eine sich immer wieder neu verhandelnde und neu konstituierende Subjektivierung grundlegend:

»[...] a society needs new associations in order to persist in its existence. [...] So every assemblage that pays the price of its existence in the hard currency of recruiting and extending is, or rather, has subjectivity. [...] Subjectivity is not a property of human souls but of the gathering itself« (ebd.: 218).

Latour argumentiert in der Folge für eine Neujustierung der Zusammensetzung des gesellschaftlichen Kollektivs, seiner Potenzialitäten und der in ihm wirksamen Handlungsakteure, die die Potenzialitäten des Objekts einschließen. Nachfolgend sollen der sich hieraus generierende Kollektivbegriff und dessen Zusammenspiel mit Wirkungsweisen der Wissensverhandlung veranschaulicht werden.

2.3 Überwindung von Binarität: Für ein neues (Wissens-)Kollektiv

Anhand der bisherigen Darstellungen der Theoreme Bruno Latours wurden zwei primäre Annahmen deutlich: Erstens wertet Latour die ›Dinge der Welt‹ auf und zweitens versucht er, die scheinbar konstitutiv-binären Subjekt-Objekt-Strukturen aufzuheben, mithin die Trennung in herrschend/aktiv und beherrscht/passiv nicht länger aufrechtzuerhalten. Er plädiert dafür, Gesellschaft als ein »*sich erweiterndes Kollektiv* [zu denken]: die Eigenschaften der menschlichen und nicht-menschlichen Wesen, aus denen es sich zusammensetzen soll, sind nicht feststehend« (Latour 2001: 55; Herv.i.O.).

Insbesondere den Begriff Kollektiv benutzt Latour hier als Ausweg, um Objekte als gleichberechtigte Akteure mit eigenem Handlungspotenzial einzubinden. Mit der Verwendung von Kollektiv als Hyperonym soll über alle gesellschaftlichen Akteure hinweg ein gegenseitiges Einfühlen von menschlichen und nicht-menschlichen Entitäten ermöglicht werden (vgl. ebd.: 89ff.). Wenngleich die Dinge nicht direkt oder unmittelbar für sich sprechen können, so evozieren sie dennoch eine Politik (vgl. ebd.: 123), insofern sie – das gilt vor allem für ›technologische Dinge‹ – in der Alltagsrealität praktisch Anwendung finden, sich stabilisieren und handhabbar werden (vgl. Roßler

schreibt der Habitus »sowohl die Beeinflussung des Menschen durch das Soziale, wie auch die Festigung des Sozialen durch den Menschen« (Borsò 2012: 430f.).

2008: 100). Schließlich konnten sie diesen Entwicklungsschritt nur absolvieren, weil an ihrer Entwicklungsgeschichte verschiedene Interessenaktanten beteiligt waren. Der konstruktive Moment hat sich im technologischen Ding selbst materialisiert und möglicherweise im sozialen Diskurs des Kollektivs ritualisiert (vgl. Latour 2016: 127f.). Diese Überführung neuer Dinge in das Kollektiv kann als fortlaufender Entwicklungs- und Aktualisierungsprozess der Gesellschaft oder eines Kollektivs verstanden werden.

Darüber hinaus birgt diese Aufgabe jedoch neben der produktiv-gestalterischen Qualität auch Potenzial für das Kollektiv störende bzw. herausfordernde *Quasi-Objekte*.³² Diese Quasi-Objekte, die noch nicht kanonisiert sind, können mitunter eine weitreichende epistemische Neuordnung anstoßen. In diesem Sinn ist das »Außen [...] nicht mehr feststehend, nicht mehr inert, es ist [...] Gegenstand eines expliziten Externalisierungsverfahrens« (Latour 2001: 166). Gerade in dieser Hinsicht – nämlich der Erweiterung und Abschottung des (gesellschaftlichen) Kollektivs um neue Objekte bzw. Wissensbestände – wird deutlich, wie subversiv Wissensproduktion durchaus bei politischen Ausgestaltungen mitläuft und gerade auch an Klassierungs- und Selektionsprozessen in valide und nicht-valide Fakten zum Aufbau des gesellschaftlich-sozialen diskursiven Rahmens beteiligt ist. Denn gerade diese Quasi-Objekte sind es, die Benennungen und Klassierungsschemata zu Definition und Ausgestaltung der (sozialen) Gesellschaftsstruktur ermöglichen und eine Neu-

32 Ein ähnlich störendes bzw. irritierendes Potenzial spricht Hans-Jörg Rheinberger den *Epistemischen Dingen* zu, die sich – anders als die Quasi-Objekte – in der reinen Laborrealität offenbaren und nur im Experiment als Unbekannte überraschend wirken können (vgl. Roßler 2008: 100). Rheinberger beschreibt den Ablauf und die Zielsetzung gegenwärtiger Forschungsprozesse und das Zusammenwirken von bekanntem und unbekanntem Wissen am Beispiel des Experiments wie folgt: »Es geht letztlich um das Gewinnen von *neuen* Erkenntnissen [...]. Was wirklich neu ist, muss sich einstellen, es muss sich ereignen. Mit dem Experiment schafft sich der/die Forscher eine empirische Struktur, [...] die es ihm erlaubt, in diesem Zustand des Nichtwissens um das Nichtwissen handlungsfähig zu werden. In einer Experimentalanordnung verkörpert sich allerdings eine Menge von zu einem gewissen Zeitpunkt als gesichert geltendem Wissen. Es nimmt in der Regel die Gestalt von Instrumenten, Vorrichtungen und Apparaten an [...]. Das eigentliche Ziel des Experimentierens besteht aber darin, die untersuchten Phänomene – die epistemischen Dinge in meiner Terminologie – zum Sprechen zu bringen.« (Rheinberger 2012: 123f.) So verweist Rheinberger mit dem Begriff des *Epistemischen Dings* folglich auf »diejenigen Wissensobjekte [...], die in den materiellen Bedingungen von Experimentalsystemen das Unvorhersehbare, oder das, was man noch nicht weiß, paradoxerweise einschließen« (Borsò 2014: 144).

Ordnung anstoßen können.³³ Quasi-Objekte setzen Verhandlungs- und Innovationsprozesse innerhalb eines Kollektivs in Gang, durch sie werden Grenzen erweitert oder aber verfestigt. In einer extremen Formierung können sie bisweilen auch zu kultureller Ausgrenzung und Überhöhung beitragen:

»Durch die Weigerung die Quasi-Objekte zu denken, wird jedoch die Maschine zur Erzeugung von Unterschieden erst in Gang gesetzt. [...] In einem Dominoeffekt [werden] [...] all die kleinen Unterschiede hervor[gebracht], die von der Großen Trennung, der großen Erzählung des radikal von allen anderen Kulturen abgeordneten Abendlands gesammelt, gebündelt und verstärkt werden.« (Latour 2008: 329)

Gerade an diesem Umstand zeigt sich die politische Wirkkraft der Dinge und ihrer Selektion, die vor allem auf einer Kanonisierung bestimmter Dinge bzw. einer kulturell codierten Assoziierung der Handhabe und Wirkung der Dinge und der menschlichen Entitäten basiert:

»The social that makes up society is only one part of the associations that make up the collective. [...] Rather, one should say that ›when faced with an object, attend first to the associations out of which it's made and only later look at how it has renewed the repertoire of social ties.« (Latour 2005: 233)

Latours Ziel ist es daher, in der radikalen Hinwendung und Akzeptanz eines sich stets aktualisierenden Multiversums die komplexen Netzwerke aus Aktanten in ihrer Gänze zu erfassen und aus einer (politisch) motivierten Interessenreglementierung herauszulösen. Die ANT dient folglich dazu, die vorherrschenden binären Diskurs- und Gesellschaftsstrukturen endgültig zu überwinden und stattdessen kollektive Netzwerke zu etablieren, die auf der Aushandlung zwischen Altem und Neuem, zwischen Bekanntem und Unbekanntem basieren und auf stete Erweiterung ausgerichtet sind:

»We simply have to make sure that their diversity is not prematurely closed by one *hegemonic* version of one kind of matter of fact claiming to be what is present in experience – and that goes, of course, for ›power‹ and ›Society‹ as well as for ›matter‹ and ›Nature‹.« (Ebd.: 118)

33 »Das soziale Band hält jedoch nicht ohne die Objekte, die durch die andere Seite der Verfassung gleichzeitig mobilisiert und für immer mit der sozialen Welt inkommensurabel gemacht werden können.« (Latour 2008: 328)

Für Latour haben die klassischen westlichen Dichotomien wie Natur versus Kultur oder Politik versus Wissenschaft ausgedient. Er stellt ihre Wirkkraft als universale Erklärungsmuster infrage (vgl. Hagner 2012: 43). Diese Abkehr von einem transzendenten Ansatz hin zu einem in sich vielfältigen und existenzzentrierten Artikulationspotenzial sieht Latour u.a. auch als notwendige reformierende Leitlinie, um sich »zu den *verflochtenen Multiversen*« (Latour 2016: 196; Herv.i.O.) bekennen. An und in einem multiversen Kollektiv sollen alle Entitäten partizipieren und als solche gedacht werden, aber gleichermaßen infrage gestellt werden können (vgl. Lindemann 2008: 356).

3. Foucault und Latour zusammendenken: Das analytische Vorgehen

Bisher wurde deutlich, dass Michel Foucault und Bruno Latour, wenn nicht unmittelbar konsekutiv aufeinander bezogen, doch mit Blick auf Dynamisierungspotenzialitäten zusammengedacht werden können. Beide Ansätze bieten sogar eine gegenseitig vielversprechende Ergänzung. So zeigt Michel Foucault in seinen Arbeiten vor allem die enge Verwobenheit von Machtdynamiken und Diskursgestaltung sowie sich daraus ableitende (biopolitische) Reglementierungs- und Strategieprozesse. Subjekte und Dinge richten sich im Foucault'schen Denken anhand diverser diskursiv codierter Prägefolien aus, die letzten Endes Ordnungs- und Steuerungsfunktionen der Gesellschaft oder respektive der Welt avisieren. Diese sind allerdings immer als dynamisch angelegter Prozess zu verstehen, in dem Machthabender und Regierter sich wechselseitig herausfordern können und folglich gezeigt werden kann, »wie sich einzelne Elemente im Hinblick auf spezifische Funktionalität organisieren und stützen [...] [; d]er Fokus liegt dabei auf den Macht/Wissen-Relationen« (Seier 2013: 160). Auch wenn die Relationalität von Subjekt und Objekt grundlegend ist, bleibt das aktive Handeln, also die aktiv wirksame Potenzialität, auf menschliche Entitäten beschränkt.

An diesem Punkt scheint die Hinwendung zur Latour'schen Auffassung von Kollektivbildung und Akteurtheorie sinnvoll. So geht Latour von einem allgegenwärtigen Zusammenwirken aller Entitäten der Welt aus, die in ständigen Überlagerungsprozessen Realitäten und sozial codierte Kollektive ausdifferenzieren. Jederzeit kann jedes Rollenverhältnis getauscht und aktualisiert werden. Die Dinge sind absolut gleichberechtigt und nicht erst unter menschlichem Blick in Form einer wechselseitig symmetrischen Beziehungs-

dynamik wirksam. Nichtsdestotrotz verliert Latour in seinem radikalen Fokus auf Handlungen die ermöglichenden und einschränkenden machtpolitischen/-strategischen, bisweilen diskursiven, Hintergründe der Akteurs- und Verhandlungsdynamiken aus dem Blick.

Aus diesem Grund sollen durch ein Zusammendenken beider Ansätze sowohl der diskursiv-machtpolitische Rahmen von und für Handlungspotenzialitäten von Entitäten als auch ein vollständiges potenziell beteiligtes Akteursspektrum und damit verbundene Performanz- und Materialisierungsweisen mitbedacht werden³⁴:

»Materialität ist diskurshaft [...], so wie Diskurspraktiken immer schon materiell sind [...]. Die Beziehung zwischen dem Materiellen und dem Diskursiven ist eine Beziehung der wechselseitigen Implikation.« (Barad 2017: 604f.)³⁵

Hierdurch sollen Beteiligungsformen, Fallstricke, Akteure und Spannungsverhältnisse der Wissens-/Diskursbildung und ihrer Verhandlung umfassend aufgezeigt und analysiert werden. Allerdings gibt es für diskursanalytische Arbeiten kein Standardverfahren.³⁶ Die angestrebte Auseinandersetzung mit Modifikationsweisen von Wissensverhältnissen und Diskursproduktion wie Akteurs- und Kollektivkomposition versucht jedoch in ihrem Grundsatz eine Erweiterung bereits bestehender diskursanalytischer Ansätze.³⁷

34 Andrea Seier zeigt, dass gerade in der Annahme einer produktiven und dynamischen Handlungsmacht ein einendes Element zwischen Bruno Latour und Michel Foucault besteht (vgl. Seier 2013). Allerdings greift ihre Analyse mit Blick auf Foucault zu kurz, wenn sie dessen Diskurs-/Dispositivformierungen lediglich als Markierungselement für Grenzen der Logiken von Sag- und Denkbarem versteht (vgl. ebd.: 158). So sieht Foucaults Machttheorie in der steten produktiv-widerständischen Reizung eines ›anderen‹ Denkens eine unabdingbare Grundlage für Konstitution, Fortführung und praktische Realisierung von Handlungsmacht.

35 Insbesondere im Zusammendenken der Theoreme von Foucault und Latour finden sich Anknüpfungspunkte zum Konzept des *Agentiellen Realismus* nach Karen Barad. Mit ihrer noch stärkeren Verlagerung auf ein prozessual-intraaktives Werden der Dinge der Welt legt Barad allerdings einen Schwerpunkt, der vor allem Konstitutions- und Erklärungsprozesse der Welt sowie Verhandlungen von Entitätsrealitäten betrifft, die diese diskursanalytische Arbeit übersteigen (vgl. Barad 2017: 634ff.).

36 Meist werden Versatzstücke anhand eines speziellen Schwerpunktes zu den diskursiven Forschungsfragen analysiert (vgl. Keller 2008: 268).

37 Allgemein lassen sich im Forschungsfeld der Diskursanalyse neben der Diskurstheorie nach Michel Foucault (siehe Kapitel I) drei weitere Haupttendenzen von Forschungsansätzen ausmachen, anhand derer sich jeweils verschiedene Analyseansätze ausdiffe-

Daher wird für das angestrebte erweiterte Diskursanalysemodell auf Vorgehensweisen der *Wissenssoziologischen Diskursanalyse* (WDA) nach Keller (2012: 49-54) und der *Kritischen Diskursanalyse* (KDA) nach Jäger (2001: 102-104) zurückgegriffen, um eine valide Datenbasis für die Untersuchung zu erhalten.

3.1 Wissenssoziologische Diskursanalyse (WDA)

Der Unterbau des Foucault'schen Diskursanalysepektrums mit einem akteurspezifischen Analyseansatz findet sich bereits in ähnlicher Form in der *Wissenssoziologischen Diskursanalyse* (WDA) nach Reiner Keller.³⁸ Deren Ziel ist es, die zentrale Frage nach der diskursiven Konstruktion von Wirklichkeit zu beantworten. Dazu wertet sie Daten von Akteuren, Handlungsträgerschaften und Strukturprozessen aus. Anhand gesellschaftlicher Interpretations- und Spiegelmöglichkeiten diskursiver Prozesse kann ein bestimmtes Wirklichkeitsverständnis rekonstruiert werden (vgl. Keller/Truschkalt 2013: 13). Hierzu werden nicht nur »wissenschaftliche [...], [sondern] auch öffentliche Diskurse bzw. themen- oder ereignisspezifische Diskurse und diskursive Auseinandersetzungen in gesellschaftlichen Teilarenen [berücksichtigt]« (Keller 2013: 30).

Darüber hinaus bindet die WDA ein erweitertes Akteurspektrum »über die gesamte Breite wissenschaftlich zugänglich[er] Gegenstände« (ebd.: 31) in ihre Analysearbeit mit ein. Sie folgt damit in Teilen der – in der vorliegenden Arbeit angestrebten – materiellen Ausweitung von wissens- und diskursanalytisch relevanten Akteursinstanzen. Ankerpunkt der analytischen Ergänzung der Akteursebene ist der menschliche Faktor (vgl. ebd.: 33) und

renzieren. Die angelsächsisch geprägte *discourse analysis*, die vor allem auf Diskurs als Kommunikationsituationen und eine damit verbundene (linguistische) Analyse fokussiert. Zweitens die Habermas'sche *Diskursethik*, die im Anschluss an Searles Sprechakttheorie Diskurse als kommunikative Verfahren mit spezifischer Argumentationsstruktur versteht. Drittens eine kulturalistische Diskursanalyse, die Diskurse vor allem mit Bezug auf öffentliche Symbole und soziale Handlungen untersucht (vgl. Keller et al. 2001: 10-13).

38 Ihren Ursprung hat die WDA in der *Theorie der Wissenssoziologie* nach Peter Berger und Thomas Luckmann, die sich jedoch mit ihrer Auseinandersetzung mit sozialen Konstruktions-, Objektivierungs- und Aneignungsprozessen von Wissensbeständen auf individuelle Einzelperspektiven fokussiert und hauptsächlich »Alltagswissen« untersucht haben. Formen kollektiver Wissensproduktion und -vermittlung oder die gesellschaftlichen Grundlagen und Strukturierungen von Wissens- und Machtverteilungen wurden außen vor gelassen (vgl. Keller 2001: 120).

dessen Erscheinungsformen in Diskursen.³⁹ Im Fokus stehen kollektive Akteure wie Institutionen oder Organisationen und deren Deutungs- und Handlungsstrukturen, welche die Konstruktion von Diskursen bzw. sozialen Wissensordnungen/-politiken erlauben (vgl. ebd.: 27). In dieser Hinsicht geht es der WDA vornehmlich um eine Rekonstruktion von

»Prozesse[n] der sozialen Konstruktion, Zirkulation und Vermittlung von Deutungs- und Handlungsweisen auf der Ebene von institutionellen Feldern, Organisationen, sozialen Kollektiven und Akteuren [...]. Ihr Forschungsgegenstand ist [...] die Produktion und Transformation gesellschaftlicher Wissensverhältnisse durch Wissenspolitiken, d.h. diskursiv strukturierte Bestrebungen sozialer Akteure, die Legitimität und Anerkennung ihrer Weltdeutung als Faktizität durchzusetzen. Sie begreift damit sozialen Wandel [...] als Verschiebung von Wissensregimen.« (Keller 2008: 192f.)

Auch die vorliegende Untersuchung fragt, inwiefern diskursive Bruchsituationen in Krisenzeiten Neuverhandlungen – sowohl des diskursiven Orientierungsrahmens als auch des gesellschaftlichen Kollektivs – erwirken und Diskurse als soziale (Veränderungs-)Praktiken gedacht werden können. Allerdings werden hierbei die Materialität des Diskurses und seine Wirkungsweisen auf und mit einem Kollektiv nicht allein in Hinblick auf menschliche Entitäten und ein fixes Akteurspektrum untersucht, sondern mit Latour um ein heterogenes, erweiterbares Akteursfeld oder Diskurskollektiv und dessen Aktualisierungspotenzial erweitert. Zudem sollen die in den Diskursverhandlungen wirksamen Ding-Materialitäten untersucht werden, um ihr Potenzial als veränderte Wissensrealität herauszuarbeiten. Die Zusammenstellung des Diskurskorpus orientiert sich jedoch grundlegend an Verfahren der WDA.

Als primäre Basis für die diskursive (De-)Konstruktionsarbeit dienen der WDA – wie einer Vielzahl diskuranalytischer Ansätze auch – öffentlich zugängliche textförmige Daten und Aussageereignisse (vgl. Keller 2008: 268, Keller 2013: 51), die als »materiale Manifestationen gesellschaftlicher Wissensordnungen« (Keller 2013: 49) aufgefasst werden. Keller betont, die ausgewählten Textpassagen würden immer nur Versatzstücke einer Diskursrealität re-

39 Hierzu differenziert Keller fünf verschiedene Akteursformen, die mittels der WDA untersucht werden können: soziale Akteure, Sprecherpositionen, Personal der Diskursproduktion/Weltintervention, Subjektpositionen und Subjektivierungsweisen (vgl. Keller 2013: 33).

präsentieren. Sie seien in sich heterogen und in Referenz zu anderen Texten und Aussagen zu bewerten (vgl. ebd.: 50). Gerade vor diesem Hintergrund müssen sowohl die genutzten Quellen als auch die Auswahlkriterien für die Diskursformationen offen dargelegt und auf ihre Konsistenz hin geprüft werden, um Selektivität auszuschließen (vgl. ebd.: 51).

Bei der Ausdifferenzierung des Diskursfeldes besteht laut Keller zum einen die Möglichkeit, thematisch-inhaltlich vorzugehen, sprich über die Analyse von bestimmten getroffenen Aussagen Rückschlüsse auf das damit verbundene Sprechernetzwerk zu treffen. Zum anderen sei es legitim, über einen spezifischen Zeithorizont zentrale Sprecher, mögliche Sprecherpositionen und ihre Öffentlichkeiten zu identifizieren und hierüber die textliche Auswahl des Analysekorpus zu treffen (vgl. ebd.: 51f.). Zu bedenken sei die Situiertheit der ausgewählten Aussageereignisse und insbesondere die verschiedenen Ebenen der Kontextualisierungen, mögliche Aussageanlässe, die Art ihrer Materialisierung sowie damit verbundene (Macht-)Implikationen (vgl. Keller 2013: 52f.). Für die inhaltlich-interpretative Auseinandersetzung mit einem Diskurs, die »Feinanalyse von Aussageereignissen« (ebd.: 54), ist eine »kontrollierte[] Verdichtung des zu analysierenden Datenmaterials [notwendig] [...]«. Dazu zählen die reflektierte Orientierung an Schlüsseltexten, -passagen, -akteuren und -ereignissen, deren Stellenwert aus dem Datenmaterial selbst herausgearbeitet werden kann« (ebd.). Keller weist auf die Verwendung von Deutungsmustern als inhaltliche Strukturelemente hin. Diese bezeichnen »grundlegende bedeutungsgenerierende Regulationsmuster (hier: innerhalb eines Diskurses)« (Keller 2001: 132). Die Auswahl von Deutungsmustern obliege den Forschenden und könne sowohl im Vorfeld als auch anhand des Textkorpus getroffen werden (vgl. Keller 2013: 62). Ein Kernbestand an Deutungsmustern ermögliche es dann, ein spezifisches Interpretationsrepertoire zu erarbeiten, auf dessen Basis gemeinsame *story lines* – um die kollektive Akteure konkurrieren und die verschiedene Deutungsmuster verknüpfen – ausgemacht werden könnten (vgl. Keller 2001: 132f.).

Die WDA verfolgt an dieser Stelle Methodiken der qualitativen Sozialforschung. Sie orientiert sich beispielsweise an der *Grounded Theory*, ergänzt um verschiedene Praktiken des Samplings und Kodierens (vgl. Keller 2013: 54f.). Auf dieses Vorgehen wird in der vorliegenden Arbeit bewusst zugunsten eines kulturwissenschaftlichen Forschungsansatzes verzichtet. Zudem bezieht das erarbeitete erweiterte Diskursanalysemodell für die inhaltliche Strukturie-

rungs- und Selektionsarbeit sowie für die Festlegung von Deutungsmustern Grundzüge der *Kritischen Diskursanalyse* nach Siegfried Jäger ein.

3.2 Kritische Diskursanalyse (KDA)

Auch die Entwicklung der *Kritischen Diskursanalyse* geht auf die Arbeiten Michel Foucaults zurück. Im Gegensatz zur WDA orientiert sie sich aber in erster Linie an der Frage, was überhaupt gültiges Wissen ist, wie es zustande kommt und wie es weitergegeben wird. Außerdem bearbeitet sie die Frage, welche Subjektkonstitutionen und gesellschaftlichen Gestaltungsprozesse sich daran anschließen (vgl. Jäger 2001: 81). Mithilfe der KDA ist es möglich, Grenzen von Sag- und Machbarkeitsfeldern zu einem bestimmten Zeitpunkt in einer bestimmten Gesellschaft aufzuzeigen (vgl. ebd.: 83). Der Diskurs wird als »Fluß von Wissen bzw. sozialen Wissensvorräten durch die Zeit« [aufgefasst] [...], [insofern] er die Vorgaben für die Subjektbildung und Gestaltung von Gesellschaft [schafft]« (ebd.: 84). So arbeiten Diskurse in ihrer eigenwirksamen Materialität ganz praktisch gesellschaftliche Wirklichkeit und Subjektivität aus (vgl. ebd.: 85). Im Rahmen einer KDA können folglich spezifische Wirklichkeitsmuster einer Gesellschaft als sich darüber artikulierende Subjektpotenzialitäten analysiert werden, allerdings nur bezogen auf menschliche Akteure und das menschliche Bewusstsein (vgl. ebd.: 95).

Diskurse sind dennoch nicht als klar abgrenzbare Bereiche zu verstehen, sondern vielmehr als »riesiges und komplexes ›Gewimmel‹« (ebd.: 96), das mittels allgemeiner Strukturwerkzeuge zunächst gefiltert werden sollte, bevor ein konkreter Analyseprozess erfolgen kann. Die vorgeschlagenen Operationalisierungshilfen der KDA finden auch in der vorliegenden Untersuchung Verwendung. Generell orientiert sich die KDA in ihrer strukturellen Vorarbeit an ähnlichen Schritten wie die WDA, wie Jäger (ebd.: 97-106) ausführt: So sollen zunächst Diskursstränge (thematische Diskursverläufe) und ihre Fragmente unter Berücksichtigung möglicher Verschränkungen (sogenannte *diskursiver Knoten*) ermittelt werden. Im Anschluss daran erfolgt dann die Erarbeitung *diskursiver Ereignisse* innerhalb dieser Stränge und die Kontextualisierung und Darlegung ihrer verschiedenen (wechselseitig wirksamen) Diskursebenen oder auch Sektoren. Anschließend können Diskurspositionen – hegemoniale Diskurse, Gegendiskurse und ihre gegenseitige (konstitutive) Verwobenheit – analysiert werden.

3.3 Diskursanalytischer Ansatz

Für die vorliegende Arbeit wird der gewählte analytische Ansatz durch die Verknüpfung von wissens-/diskurs- und machtrelationalen Annahmen Michel Foucaults mit der materiellen Unterfütterung durch die akteurspezifischen Ansätze Bruno Latours in seiner formalen und strukturellen Auswahl und Gestaltung entlang eines Schemas erarbeitet.

Die folgende Tabelle zeigt das entwickelte Analyseschema, das auch Ansätze von WDA und KDA verknüpft:

Tabelle 1: Analyseschema für die Diskursanalyse (eigene Darstellung)

Formale Vorarbeiten	Verortung, Begründung und Kontextualisierung der Diskursanalyse Begründete Fokussierung auf eine Diskursebene und Teilsektoren (Diskursstrang)
Strukturanalyse	Charakterisierung der (Text-)Quellen/Korpuszusammenstellung sowie des Akteurspektrums Darlegung der medialisierten/materialisierten Aussagen (Textsorte, Verbreitungsweg, Rezeptionsfeld) Zeitliche, ereignisorientierte und thematische Eingrenzung sowie Festlegung von Deutungsmustern als Strukturelemente für den Korpus
Inhaltliche Analyse (Feinanalyse)	Filterung und In-Bezug-Setzen vergleichbarer, exemplarischer Schlüsseltexte (Diskursfragmente) des Korpus zur Feststellung der Diskursposition; Analyse nach festgelegten Leitfragen Verortung der Ergebnisse/Aussageereignisse im Diskursstrang (u.a. situative, institutionell-organisatorische und gesellschaftliche Kontexte) Ausarbeitung von kollektiver <i>story line</i> und Akteurs-/Diskurskonstitution (bestehende Machtkonstellationen aufarbeiten; Zuordnung zu Einzelthemen und Zusammenfassung bestimmter Diskurspositionen)
Gesamtanalyse	Interpretation der Ergebnisse der/des untersuchten Teildiskurse(s) Zusammenführung in Bezug auf Gesamtdiskurs und Analyse der Wechselwirkung mit Kollektivbildung

